

Tertilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Tertilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Tertilarbeiter Deutschlands

Nr. 26.

Die „Tertilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Zimmer 4423.

Düsseldorf, 29. Juni 1912.

Redakteur: A. Heintmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilarbeiter Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der „Berliner“ Ansturm abgeschlagen. Sie haben zu früh jubelt.

Es war gut eingefädelt, was die Herren von „Sitz Berlin“ vorhatten. Diesmal sollte es ein Hauptschlag, ein Schlag der Vernichtung gegen die christlichen Gewerkschaften sein. Jetzt oder nie! Im eigenen Verbands- und Fachabteilungsgebäude sitzt der Wurm. Es tracht im Ermiland, im Saarrevier, im Siegerland und sogar in Berlin und im schlesischen Ausbreitungsgebiet. Immer weiter greift die Erkenntnis, daß mit dem „Berliner System“ in Deutschland keine opferfreudige und hoffnungsvolle Arbeiterbewegung möglich ist. Seit Jahren ist die innere Verfassung von „Sitz Berlin“: Stagnation und Rückgang in der Mitgliedschaft der Arbeitervereine, sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben der Kasseneinrichtungen, massenhafte Flucht aus den katholischen Fachabteilungen. Unter solchen Umständen mußte etwas ganz außerordentliches geschehen gegen die vom Verstand und Erfolg begünstigten Gegner, die christlichen Gewerkschaften nämlich. Die haben das unmöglich erscheinende ausgehalten, einen zehnjährigen Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug, geführt einerseits vom Verband „Sitz Berlin“, von den Sozialdemokraten andererseits. Keiner von beiden war bislang auf seine Rechnung gekommen, weder „Sitz Berlin“ noch die Roten. Das Jünglein an der Wage der Beurteilung der christlichen Gewerkschaften an kirchlichen Stellen ging wohl zeitweise etwas unruhig hin und her. Aber endlich trat doch Ruhe ein. Diejenigen, auf die „Sitz Berlin“ gehofft und gebaut hatte, sind fast ausnahmslos zu der Erkenntnis gekommen, daß die katholischen Arbeiter Deutschlands mit dem „Berliner System“ in wirtschaftlicher Hinsicht zur Ohnmacht verurteilt wären. Die Sache war in Deutschland also entschieden. Das mußte „Sitz Berlin“, und das war der große Schmerz seiner Drahtzieher. Darum mußte ein großer Trumpf ausgespielt werden. Das Spiel begann.

Erst erschien ein neues Buch:

„Unwahrheiten über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken“ hätte man es betiteln können. Eine anonyme Schrift selbstverständlich, gezeichnet Bayard. Das Buch wird ins Italienische übersetzt und dem Papst überreicht. Als „Orientierung über die Lage der Dinge in Deutschland“. Das war der Anfang der Aktion. Es war im Herbst vorigen Jahres. Draußen meldeten sich bereits die schweren politischen Kämpfe an. Die Freunde der christlichen Gewerkschaften hatten anderes zu tun, als den in Bayard zum so und so vielen Male zusammengetragenen und im vorliegenden Falle nur strupeloser und infamer formulierten Verdächtigungen nachzugehen, zumal sie wußten, daß für „Sitz Berlin“ in Deutschland selbst nichts mehr zu holen war. Indessen schlichen seine Vertreter und Hintermänner über die Landesgrenzen direkt nach Rom. Und da steckten die Freunde all die Köpfe zusammen und kuschelten und kuschelten und fädelten ein. Die Sache mußte diesmal klappen.

Pfarrer Beyer-Berlin-Nichterfelde, erster geistlicher Beistand im Verbandsvorstande „Sitz Berlin“, überbrachte am 20. Mai dem Papst namens seines Verbandes

eine „Huldigungsadresse“.

Ihr Vorlaut ist bekannt. Sie war so abgefaßt, daß sich damit etwas machen ließ, wenn es gelang, eine bestimmte Antwort darauf zu erlangen. Dann war nach Meinung der „Berliner“ Drahtzieher der Zweck der Uebung erreicht, die christlichen Gewerkschaften unten und „Sitz Berlin“ oben. Der Papst beantwortete diese Huldigungsadresse richtig mit einer Ansprache. Heute wissen wir, daß diese jeden offiziellen Charakters entbehrt. Anscheinend haben denn auch bei der als ergänzende Aktion nebenher gehenden Uebersendung verschiedenartig lautender Telegramme an die Pfingsttagungen der katholischen Arbeitervereine des Kartellverbandes für West-, Ost- und Süddeutschland bezw. „Sitz Berlin“ die guten Freunde des „Berliner“ Verbandes ihre Hand im Spiele gehabt. So hatte sie die einzigartige

„Belobigung“ für sich und „Mahnung“ und „Berurteilung“ der anderen erwirkt. Der Spektakel konnte losgehen. Herr Pfarrer Beyer gab auf dem Delegiertentag des Verbandes „Sitz Berlin“ mit großem Aplomb und unter „erneut lebhaftem“, „immer sich wiederholendem Beifall“ Kenntnis von der Antwort des Papstes auf die Huldigungsadresse. Generalsekretär Vic. Journelle war so „tief ergriffen“, daß seine Kräfte wahrlich nicht imstande waren, all das zum Ausdruck zu bringen, was an Dank im Herzen der „Berliner“ lebte usw.

Die Sache erschien „Sitz Berlin“ absolut klar. Der Augenblick erforderte zwar für sie in Deutschland gezielte Zurückhaltung, den Lärm hatten die ausländischen Freunde zu besorgen, die denn auch flugs aus der privaten Ansprache des Papstes an Pfarrer Beyer ein „Deiret vom 20. Mai“ machten. Die christlichen Gewerkschaften waren also „klipp und klar verurteilt“. Das glaubten die „Berliner“ erreicht zu haben.

Die sozialdemokratische Presse

lugelte sich vor Freude. „Rom hat gesprochen, der Streit ist erledigt. Ueber die Christen aber ist damit das Todesurteil gefällt... in Lager der christlichen Gewerkschaften herrscht Verwirrung und Auflösung“ (Rhein. Jtg. Nr. 123) so gellte es landauf landab. Wahre Orgien an Ausschweifung der Phantasie wurden in den sozialdemokratischen Parteidredaktionen gefeiert. Sie sahen hohlwangige christliche Gewerkschaftsführer mit schlotternden Knien herumgestern — hei! das war eine Kirimes. Nur dauerte sie nicht lange.

Im Lager der christlichen Gewerkschaften war

weder Verwirrung noch Auflösung.

Der Vorstand des Gesamtverbandes erließ eine Erklärung — eine Proklamation voller Würde und Entschlossenheit, und von der gesamten Öffentlichkeit als solche begrüßt. Mehrere größere Verbände folgten hinterher. Das ging Schlag auf Schlag. Die gesamte katholische Presse — nicht ein einziges Blatt wagte es, sich offen und unzweideutig zu „Sitz Berlin“ zu bekennen — stellte sich auf Seiten der verdächtigten und verleumdeten christlichen Gewerkschaften. Die katholischen Arbeitervereine, die zu ihnen hielten, machten ebenfalls mobil. Die geistlichen Leiter der großen Verbände nahmen in entschiedenster Weise Stellung gegen das verleumderische Vorgehen des „Berliner“ Verbandes und schickten Protestresolutionen an ihre zuständigen Bischöfe. Es war vierzehn Tage lang eine einzige und einmütige Ablehnung des unqualifizierbaren Verhaltens und der fortgesetzten Wählereien der „Berliner“ in allen Variationen. Diese Tage, die als Sieges- und Jubeltage über ihre Feinde gedacht waren, haben „Sitz Berlin“ sicherlich bittere Stunden gebracht. Hundertfach wurden den Machern dieses Verbandes die Infamien, denen sie sich seit Jahren gegen ihre Glaubensbrüder schuldig gemacht haben, ins Angesicht geschleudert. Dazu kam, daß ihnen die neu ergatteten Trümper Stück um Stück aus den Händen gerissen wurden.

Der Uditor der römischen Rota, Dr. Heiner,

gab zunächst unterm 6. Juni eine Erklärung ab, von der er versicherte, daß sie Wort für Wort den Intentionen des Papstes entspräche. Darin sagt er unter anderem, daß jene Ansprache des Papstes an den Ueberbringer der Huldigungsadresse (der Haupttrumpf) keinen authentischen Charakter habe und deshalb durchaus nicht in Frage komme oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. Das war der erste Schmerz für „Sitz Berlin“. Die christlichen Gewerkschaften, hieß es sinngemäß weiter, wären nicht verurteilt; man habe nur sagen wollen, daß sie, „da sie als Organisation von den katholischen Grundgesetzen und der kirchlichen Autorität absehen, eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden“. Die Presse beschäftigte sich lebhaft mit dieser Erklärung und gab einstimmig der Meinung Ausdruck, daß sie nicht genügen

könne, um die durch die Machenschaften des Verbandes „Sitz Berlin“ in weiteste Kreise des katholischen Volksteils hineingetragene Unruhe zu beheben. Unterm 8. Juni erfolgte eine weitere ausführlichere Darlegung Dr. Heiners; „Erläuterungen und Richtigstellungen“ nannte er sie. Da hieß es: „Man hat beiden päpstlichen Kundgebungen eine zu große Tragweite und Bedeutung beigelegt oder einen Sinn unterlegt, den sie gar nicht haben.“ Kernpunkt dieser Erklärung Heiners war: Der Papst wolle die christlichen Gewerkschaften nicht beurteilen, wie dies ausdrücklich im „Osservatore romano“ vom 24. Januar 1906 erklärt worden ist. Jene Note, auf die sich Heiner hier bezieht, wies es bekanntlich zurück, daß „einige sich auf die Autorität des Papstes“ beriefen, „als ob derselbe die Fachabteilungen gelobt und ermutigt hätte auf Kosten der christlichen Gewerkschaften“, und erklärte gleiches Wohlwollen, Lob und Ermutigung für beide Organisationen. Auf diesem Standpunkte, so erklärte nun Heiner, stände der apostolische Stuhl heute noch.

„Es ist keinerlei Veränderung in seiner bisherigen Stellung der Haltung zu den christlichen Gewerkschaften eingetreten.“ Und noch einmal wird scharf herausgehoben, daß jene Ansprache, die Pfarrer Beyer als „Kundgebung des Papstes“ in die Welt hinausposaunt, gar keinen authentischen Charakter besitzt und deshalb durchaus nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion bilden könne. In anderen Worten, eine Aufforderung an „Sitz Berlin“, die geplante Agitation mit der „Ansprache“ einzuzulassen. Diese Erklärungen des Dr. Heiner hat der apostolische Nunzius in München, Frühwirth, nachträglich als den Auffassungen des Papstes entsprechend anerkannt, und als sich gleich hinterher die „Germania“ herausnahm, zu bezweifeln, daß auch der zweiten Erklärung des Uditors Heiner Authentizität zukomme, ging der „Römischen Volkszeitung“ aus Rom ein Telegramm zu, das auch dieser Finte der „Berliner“ den Boden entzog. Inzwischen nahm der Sturm in der Tagespresse seinen Fortgang, bis der Papst durch den Münchener Nunzius den Wunsch aussprechen ließ, „daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen“ sollten und den katholischen Arbeitervereinen Westdeutschlands durch eine in Hildesheim zusammengetretene Bischofsversammlung mitgeteilt war, daß „die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen“ sei. Nachträglich teilte die Hildesheimer Zeitung weiter mit, daß der Standpunkt, den die „soziale Kommission der preussischen Bischöfe... in einem Telegramm an die um die Gewerkschaftsbewegung hochverdienten Führer“ eingenommen habe, geeignet sei, „Beruhigung im katholischen Lager zu schaffen und das Vertrauen auf eine baldige zufriedenstellende Entscheidung zu verstärken.“

So steht die Sache zur Stunde.

Ein total anderer Ausgang wie ihn „Sitz Berlin“ vorausgesehen.

Die Ansprache, der Haupttrumpf ist endgültig und unzweifelhaft ausgeschaltet, das Telegramm an den Frankfurter Kongreß des Kartellverbandes in Tragweite und Wirkung eingeeengt. Was Wunder, wenn Kagenjammer an der Verbandszentrale „Sitz Berlin“ eingelehrt. Der „Arbeiter“ nimmt bereits die verfolgte Unschuld, findet es „nur zu natürlich“, daß „Sitz Berlin“ „den Beifall der Welt nicht finden konnte“ und tröstet sich mit dem Bewußtsein, Teil genommen zu haben „an dem Kampfe der freitenden Kirche“, „an dem Kampfe für die Wahrheit und das Recht und für das Gesetz Gottes“. Als „echte Christen“ müßten die Vertreter des Verbandes „auch an den Verfolgungen teilhaben“ usw. „Sitz Berlin“ hat Grund zu elegischem Gellage, denn dieser neueste Streich hat seine Sache nicht nur nicht weiter gebracht, sondern sie ganz bedeutend verschlechtert. Das eigenmächtige, hinterlistige und unwahrhaftige Vorgehen hat die alten Gegner der Bestrebungen der Fachabteilungsleiter wachamer ge-

macht und neue Gegner haufenweise geschaffen. Heute revoltiert der anständige Mensch gemeinhin gegen berartige Praktiken, wie sie sich das System „Sitz Berlin“ immer wieder herausnimmt. Dieser letzte Streich, den die Berliner geführt, kann beweisen, daß er wirklich der Letzte gewesen ist. Noch ein paar Worte über das Verhalten der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftspressen.

Wir haben bereits bemerkt, daß der Jubel über die angebliche „Verwirrung und Auflösung der christlichen Gewerkschaften“ nicht lange anhielt. Statt dessen zog die Verwirrung in die Redaktionen der roten Blätter ein. Da gab's Tag um Tag längere Gesichter und ärgerlichere Stimmung. Es war zum Versten. Die christlichen Gewerkschaften hielten fest, die gesamte öffentliche Meinung im katholischen Lager stand auf ihrer Seite. Schon unterm 5. Juni verzeichnete die rote Presse mit süß-saurer Miene einen Passus aus der „Kölnner Korrespondenz“ (Mittung „Sitz Berlin“), in der es hieß, daß „eine offizielle Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht als bevorstehend zu betrachten“ sei. Dann kamen die Erklärungen Heiners und deuteten klar den Gang der Entwicklung an. Da kam Verwirrung und Ratlosigkeit über die roten Schmöck und es begann ein possierliches Gekloppe einmal so, einmal so, immer aber grenzenlos dumm und lächerlich. Erst hat es geheißt: Die „Christen“ sind tot, selbstverständlich. Aber sie lebten quietischvergnügt weiter, das sah alle Welt. Dann fing die rote Presse an unsicher hin und her zu fadeln und herumzuraten und sich von den Wölfen zu nähren, die vom Tische fielen. Endlich kam das Lächerlichste heraus, was die Welt je gesehen: Die roten Blätter brachten Artikel unter der Überschrift „Sturm auf gegen den Papst“. Darin redeten sie tief bekümmert von einer „großen Respektlosigkeit vor dem Papst als dem Oberhaupt der katholischen Kirche“, dessen sich die christlichen Gewerkschaftler und ihre Freunde schuldig machten. Ein überwältigend komisches Bild: Dieselbe sozialdemokratische Presse, die jahraus jahrein Religion, Kirche, Papsttum und Geistlichkeit mit Gift und Galle überschüttet, wirt sich in die Brust, um den Papst in Schutz zu nehmen gegen die „christlichen Rebellen“ (die man kurz zuvor hohlwangig und schlotternd den Knieen hingestellt). Letzt die „Bergarbeiterzeitung“, (Nr. 24.) wie sie den Wiesberts heruntermacht, der „kein gehorsamer Katholik“ sein will, den Stegerwald, der der „elementarsten Kenntnis des Kataklysmus“ entbehrt, „die einen Katholiken vor einer Herabsetzung der kirchlichen Autorität bewahrt!“

Sieht, wie ausgerechnet die ruppige „Bergarbeiterzeitung“ sich hinstellt und fromm entrüstet mit der „Germania“ ausruft: „Kein Mensch, der noch vor dem Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat, wird behaupten wollen, der Papst habe sich durch irrtige Informationen zu einer Forderung von so umfassender, weittragender Bedeutung drängen lassen;“ wie sie grollt gegen die Köln-Glabbacher, die sich nicht unterwerfen wollen. Das ist ja alles so süß und so reizend, daß man sich darüber tollachen könnte. Dann der „Korrespondent“ (Nr. 8.) für Deutschlands Buchdrucker, wie er sich ehrlich entrüstet über die „offene Anfeindung der Führer der christlichen Gewerkschaften, gegen den Willen ihres geistlichen Oberhirten“, um damit zu beweisen, daß „ihre religiöse Gesinnung und ihre Achtung vor kirchlicher Autorität purer Schwindel“ waren. Hört es, ihr Katholiken, der „Korrespondent“ sagt, derselbe „Korrespondent“, der seine Weltanschauung als „modernes“ Blatt vom Berliner Tageblatt bezieht, und mit ihm sich allezeit hochmütig moierte über die dunkel mittelalterlichen, kirchlichen Einrichtungen, er schneidet die schönste Frage und verkündet es hoch und feierlich: „So viel bleibt für jeden wirklichen Katholiken, (wie etwa Billy Krahl!) der sein Christentum nicht nur in der Hujentatze trägt, bestehen, daß der Papst vom römisch-katholischen Standpunkt aus unbedingt im Recht ist.“

Oh, diese armeneligen Brüder!

Kein Pferd, nicht einmal ein berlinerisches, fällt auf ihr eitelhaft heuchlerisches Geschwätz herein. Die Vernichtung ihres energichsten Gegners ist ihnen an der Nase vorgegangen. Die christlichen Gewerkschaften werden bleibend, selbst wenn sämtliche sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer eine Kalligrafie nach Rom machen würden. Aber das eine sei den roten Blättern auch gesagt: Wenn sie uns nächstens wiederkommen und die bekannten Schwindeleien aufziehen, von der „Unselbständigkeit der christlichen Gewerkschaften“, „Abhängigkeit von der Kirche und Geistlichkeit“, von den „ultramontanen Gewerkschaften“, dann werden wir ihnen ihr Gefasel der letzten Tage um die Ohren schlagen, daß sie die Engel singen hören. Kein Zweifel: Der Sturm ist abgeblasen. Diejenigen, die die christlichen Gewerkschaften zu begraben wählten, werden sie in Zukunft energischer denn je in der Kampfesfront finden. Die Tage haben uns die Sehnen gestrafft! Nun geht's erst recht an die Arbeit! Drauf und drauf!

Nochmals der Zusammenbruch der Tariffbewegung in Neumünster.

I. Jedes Unrecht schlägt seinen eigenen Herrn.

Wenn wir in unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ nochmals zu der elend zusammengeschlagenen Tariffbewegung in Neumünster Stellung nehmen, so aus dem Grunde, um unseren Lesern zu zeigen, in welcher unverantwortlichen Weise von führenden Leuten des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter mit Arbeiterinteressen umgegangen wird. Nicht, daß der „deutsche“ Verband eine Bewegung verlor, soll gerügt werden, sondern nur die Art und Weise, wie er in Neumünster seine Leute behandelte, wie er sie in der Irre herumgeführt und auf die Niederlage der Arbeiter in einer hinterlistigen, unehrlichen Weise systematisch hingearbeitet hat. Die über alle Massen gewissenlose Taktik des „deutschen“ Verbandes bezw. seiner Beamten in Neumünster soll gebrandmarkt werden.

Das Vorgehen dieser Organisationsleitung in Neumünster sticht auch eigentümlich ab zu der wüsten Schaumblase, die die „Führer“ des „deutschen“ Verbandes im Westen unseres Vaterlandes, in Aachen, M.-Glabbach, Münsterland usw. betreiben. Dort benehmen sich die Beamten dieses Verbandes, als ob sie die Welt aus den Angeln heben könnten und es keine stärkere, entscheidendere Vertreterin der Textilarbeiter gebe, als der „deutsche“ Textilarbeiterverband und keine schlimmere Arbeiterverräterin als unsere christliche Textilarbeiterorganisation. Die Vorgänge in Neumünster zeigen so klar, was von dem starken Getue des „deutschen“ Verbandes in unseren Bezirken zu halten ist.

In der Provinz Schleswig-Holstein, an der Eisenbahnstrecke von Hamburg nach Kiel, liegt die freundliche Industriestadt Neumünster. Neben einigen bedeutenden Eisen- und Lederwerken ist es vornehmlich die Textilindustrie, die sich hier angeheißelt hat. Abgesehen von einigen kleineren Baumwoll- und Trikotagenfabriken, ist die Tuchindustrie mit etwa 20 Betrieben hier dominierend. Die Löhne bewegen sich ungefähr auf derselben Höhe wie in Aachen, sind jedoch höher als in Sachsen und in der Lausitz. Andererseits sind die Lebensmittelpreise, und vor allem auch die Mieten, besonders teuer, so daß selbst ein tüchtiger Tuchmacher nur mit Mühe sein Haushaltungsbudget ohne Schulden zu machen zusammenstellen kann. Wenn in der Lohnfrage noch einigermaßen annehmbare Verhältnisse herrschen, so sind in den Tuchfabriken doch andere

Mißstände mancherlei Art

vorhanden. Es fehlen in den meisten Betrieben übersichtliche Lohnlisten, bezw. sind sie nicht zur allgemeinen Einsicht ausgehängt. Mancher Arbeiter kann den von ihm verdienten Lohn infolgedessen nicht selbst ausrechnen. Mangelhaft ist ferner die für schlechtes Material oder für Warten auf Material gezahlte Vergütung. Arbeiterinnen erhalten für dieselbe Arbeit (Affordarbeit) weniger Lohn als die Männer. Ferner fehlen von den Fabrikanten anerkannte Arbeiterschüsse usw.

Man sieht, es war berechtigt, als seitens des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes im Frühjahr 1911 eine Bewegung eingeleitet wurde, die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben durch einen

Mindestlohnstarif

möglichst einheitlich zu gestalten. Die Arbeiterschaft gab in einer größeren öffentlichen Versammlung, in der Redner des „deutschen“ und christlichen Textilarbeiterverbandes sprachen, ihre Zustimmung zur Einleitung einer Tariffbewegung. Folgende Resolution wurde in der von ungefähr 1800 Personen besuchten Versammlung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 28. Juni 1911, im „Kaiserhof“ versammelte Textilarbeiterchaft erklärt: Die Lohnverhältnisse in den hiesigen Textilbetrieben sind tieftraurige. Daneben hat eine Willkür und Unsicherheit bei der Berechnung der Affordlöhne Platz gegriffen, unter der besonders die Affordarbeiter schwer leiden. Das schlechte Rohmaterial zwingt den Affordarbeiter, besonders in der Weberei, die ganze Woche hindurch auf's Ungewisse zu arbeiten. Die Vergütung für schlechtes Material ist so verschieden und ungerecht, daß von einer Bezahlung nach Leistung nicht mehr die Rede ist. Die Bezahlung gleicher Leistungen ist in den hiesigen Betrieben so verschieden, daß es auch im Interesse des Fabrikantenvereins liegt, wenn gleiche Normen geschaffen werden. Das gilt nicht nur für die Affordarbeiter, sondern für die gesamte Textilarbeiterchaft. Die Löhne der Arbeiter müssen mit Rücksicht auf die teuren Lebensverhältnisse auf ein bestimmtes Minimum gebracht werden. Aus dieser Erkenntnis heraus beantragt die Textilarbeiterchaft die Vorstände der beiden hiesigen Textilarbeiterverbände, die Vorarbeiten zu einem Tarifvertrag zu machen, der neben bestimmt festgesetzten Mindestlöhnen auch eine Regelung der Arbeitszeit bringt: Diese Regelung soll so erfolgen, daß die Arbeit am Sonntag spätestens mittags um 2 Uhr beendet wird.“

In Sommer und Herbst 1911 wurde eifrig an den Vorarbeiten

für den allgemeinen Mindestlohnstarif gearbeitet. Es fanden in sämtlichen Tuchfabriken Belegschaftsversammlungen statt, in denen die Grundlagen des Tarifs aufgestellt wurden. Gleichzeitig dienten diese Versammlungen der Agitation. Zwar war der größte Teil der in Frage kommenden Arbeiterschaft seit Jahren organisiert, doch wurden noch manche Nachzügler für die Gewerkschaft gewonnen. Infolge der politischen Verhältnisse (die Reichstagswahl stand bevor), hielt man mit der Bewegung zurück. Im Februar 1912 fand, nachdem alle Vorarbeiten für den Tarifvertrag erledigt waren, wieder eine große Versammlung statt, in der die beiden Organisationen, „deutscher“ und christlicher Textilarbeiterverband, beauftragt wurden, sich mit dem Verein der Tuchindustriellen in

Verbindung zu setzen zwecks Einführung des Tarifs. Dieses geschah. Der inzwischen gedruckte Tarifentwurf wurde dem Fabrikantenverein nebst einer gedruckten Begründung zugestellt. In dieser Begründung heißt es an einer Stelle:

„Die Textilindustrie in Neumünster enthält alle Vorbedingungen, die zum Abschluß eines Tarifvertrages und zur Einhaltung desselben notwendig sind. Schon heute verständigt der Fabrikantenverein, der mit einigen unbedeutenden Ausnahmen sämtliche Inhaber in sich vereinigt, alle Mitglieder über Lohnbewegungen der Arbeiter, er prüft die Forderungen auf Arbeitszeiterkürzung, regelt die Arbeitszeit einheitlich usw. Auf der anderen Seite vereinigen die Organisationen der hiesigen Textilarbeiter 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen und bieten somit die Gewähr für strenge Durchführung der vertraglichen Bestimmungen. Die Lohnberechnungsmethoden sind in fast allen Betrieben die gleichen, die Löhne weichen selbst nicht so erheblich ab, daß ein Ausgleich nicht möglich wäre. Die Arbeitszeit ist überall einheitlich geregelt, die Lohnzahlung die gleiche...“

Man sieht hieraus, daß die Ortsverwaltung Neumünster des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, die diese Begründung ausgearbeitet hat, die Durchführung des Mindestlohnstarifs für möglich und durchführbar hielt. Ja noch mehr, das „Tarifamt“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Berlin, dem der Tarifentwurf zugesandt war, erklärte sich mit der Aufstellung einverstanden. Auch er, der „Vorleser“ dieses „Amtes“, war also von der Durchführbarkeit des Tarifs überzeugt. Auf Arbeiterseite waren auch die sonstigen Bedingungen gut. Die Organisationsverhältnisse waren besser als in den meisten ähnlichen Fällen. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband zählte über 1500 Mitglieder, der christliche Textilarbeiterverband 230 Mitglieder, außerdem war in verschiedenen sonstigen „freien“ Organisationen noch eine Anzahl Arbeiter organisiert. Die Unorganisierten rekrutierten sich vornehmlich aus Meistern, Lehrlingen und verschiedenen alten Leuten. Der Kern der Arbeiterschaft war organisiert. In den Webereien gehörten 90 bis 95 Prozent der Organisation an. Wir dachten deshalb, wenn die Fabrikanten Verhandlungen über den Tarif ablehnen, würde es zu einer wirklich ernsthaften Bewegung, bezw. zu einem allgemeinen Streik, kommen. Bestärkt wurden wir in dieser Annahme durch

die radikalen Redensarten,

die der Geschäftsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Kogur, in den letzten großen Versammlungen vom Stapel ließ. Er sagte unter anderem:

„Die Fabrikanten dürfen nicht glauben, durch einen Federstich unsere ganze Tariffbewegung aus der Welt geschafft zu haben. ... Wer Wind sät, wird Sturm ernten. ... Wir verfügen über große Kräfte und können einen Kampf recht lange aushalten. ... Aller Groll, der sich in Jahrzehnten in den Herzen der Textilarbeiter angesammelt hat, wird sich mit elementarer Gewalt Luft machen.“

Der Fabrikantenverein lehnte eine Verhandlung über die Tarifffrage mit den Gewerkschaften ab. Er verwies die Arbeiter der einzelnen Fabriken an ihre Arbeitgeber, welche über einzelne Wünsche mit ihren Arbeitern verhandeln würden. Nun stand die einheitliche Durchführung des Mindestlohnstarifs schon an einer gefährlichen Kippe. Wollte man dies gesteckte Ziel erreichen, dann mußten die Arbeiter in allen Betrieben den Tarif fordern. Nun ließ der Geschäftsführer Kogur die Belegschaften der einzelnen Betriebe Versammlungen abhalten. In einigen derselben beschloß man, sich an den Tarif zu halten, andere gaben den Tarif auf und forderten kleinere Lohn-erhöhungen. Andere dagegen stellten eine größere Liste verschiedener Forderungen zusammen.

Die Einheitlichkeit der Bewegung war durchbrochen

durch Schuld des Beamten Kogur, der, entgegen unserem Rat, die Arbeiter der einzelnen Betriebe auf eigene Faust hatte handeln lassen.

Unter den Belegschaften, die nur einzelne Wünsche ihren Fabrikanten gegenüber formuliert hatten, befand sich auch die Arbeiterschaft der Tuchfabrik Gebr. Hanse-Brachsenfeld. Als die von den Arbeitern gewählte Kommission diese Wünsche dem Firmeninhaber übermittelte, wurden sie ziemlich unanftig angefahren. Es machte sich deshalb ein ziemlich starker Groll in der Belegschaft bemerkbar. Vielleicht hierdurch beeinflusst, fand auf Veranlassung des Fabrikanten eine zweite Sitzung statt, in der zwar der Tarif nicht aufrecht erhalten wurde, man sich jedoch mit dem Fabrikanten über verschiedene Verbesserungen einigte. Nun fand am Abend desselben Tages (9. April) eine Sitzung des Fabrikantenverbandes statt, in der zweifellos beschlossen wurde, sich zu den Wünschen der Arbeiter möglichst ablehnend zu verhalten. Als nun am 9. April die Kommission der Arbeiter bei der Firma Gebr. Hanse vorstellig wurden, erklärte man ihnen, die gemachten Zugeständnisse könnten noch nicht durchgeführt werden, erst müßten die Arbeiter in den anderen Betrieben ihre Forderungen nach dem Tarif fallen lassen. Dieses lehnte der „deutsche“ Textilarbeiterverband durch seinen Beamten Kogur ab. Wir glaubten nun noch immer, der „deutsche“ Textilarbeiterverband würde an der Durchführung des Mindestlohnstarifs festhalten. Hätten wir diesen Glauben nicht gehabt, wir würden auf Preisgabe des Tarifs gedrängt haben. Es wäre dann zweifellos bei Gebr. Hanse in friedlicher Weise ein, wenn auch kleiner Erfolg für die Arbeiterschaft erzielt worden. Auch in den anderen Betrieben wäre es zu Verhandlungen und wahrscheinlich zu Erfolgen für die Arbeiterschaft gekommen. Da jedoch der Tarif hochgehalten wurde, schien uns der hierdurch in Aussicht stehende Erfolg größer. Wir wußten eben noch nicht, wie sehr wir uns im „deutschen“ Textilarbeiterverbande getäuscht hatten.

Als der Arbeiterschaft von Hanse-Brachsenfeld die ablehnende Haltung ihrer Firma bekannt wurde, verlangten sie in einer Belegschaftsversammlung hierzu Stellung zu nehmen. Der Bezirksleiter unseres Verbandes, Lenzing-Hannover, der in Neumünster an-

wesend war, ging mit einigen führenden Kollegen unserer Ortsgruppe zu dem Bureau des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und traf dort neben dem Geschäftsführer Kogur auch fast den ganzen Vorstand der Zentrale vor. Unser Bezirksleiter frug nun an, was werden würde. Er machte darauf aufmerksam, daß die Einberufung der Belegschaftsversammlung von Gebr. Hansen fast gleichbedeutend mit der Einleitung des Streiks sei. Weiter frug er an, ob der „deutsche“ Textilarbeiterverband die Genehmigung zum Streik erteilt habe. Der Geschäftsführer Kogur war für Abhaltung der Belegschaftsversammlung. Bezüglich der Streikgenehmigung erklärte er:

„Für den „deutschen“ Textilarbeiterverband komme ich auf.“

Wir schlossen hieraus, daß sein Verband die Streikgenehmigung erteilt habe. Wir erklärten deshalb, daß wir die Genehmigung zum Streik seitens unserer Verbände hätten.

Die am selben Abend abgehaltene Belegschaftsversammlung der Firma Gebr. Hansen beschloß nun, in den Streik einzutreten, wenn die Firma den Tarif nicht anerkennen würde. Die Kommission der Arbeiter forderte am andern Morgen vom Herrn Hansen die Anerkennung des Tarifs, und als dieses abgelehnt wurde, trat man in den Streik. Am Samstag, 13. April, waren nur noch einige Meister, Lehrlinge und ein paar sonstige Arbeitswillige im hiesigen Betriebe. Die Situation war für die Streikenden nicht schlecht. Sie rechneten auch damit, daß es in den anderen Betrieben der Tuchindustrie Neumünsters ebenfalls in den nächsten Tagen zum Streik kommen würde. Bei der guten Konjunktur und den guten Organisationsverhältnissen der Arbeiter glaubte man mit Recht an einen größeren Erfolg der Bewegung. Die Stimmung der Streikenden und der übrigen organisierten Arbeiter in der Stadt war ganz vorzüglich. Überall sah man frohe Gesichter. Man glaubte allgemein, daß jetzt ein größerer Erfolg für die Arbeiter unausbleiblich sei. Die Bedingungen waren gute. Jedoch,

das Verhängnis nahte

schneller als die Arbeiter dachten. Es erschien in Neumünster Herr Hübsch, Zentralvorsitzender des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aus Berlin. Er veranstaltete eine Sitzung der führenden Leute seiner Organisation und ließ hier den Tarif sofort fallen. Er warf also mit einem Schlage die ganze vom Berliner „Tariffant“ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes als gut anerkannte Arbeit der Neumünsterischen Gewerkschaftler über den Haufen. Unser Verband, der an der Bewegung doch auch mit einem größeren Teil Mitglieder beteiligt war, wurde gar nicht gefragt. Man machte die Sache im Geheimen unter sich. Am Abend vor einer Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Firma Hansen-Brachsenfeld suchte man von dem Vorsitzenden unserer Ortsgruppe die Zustimmung zu dem Fallentlassen des Tarifs zu erhalten. Derselbe war jedoch nicht in der Lage, ohne Befragung mit dem Bezirksleiter diesem zuzustimmen. Er lehnte dieses daher ab. In der folgenden Versammlung wurde in recht sonderbarer Weise den Leuten zugeföhrt. Herr Kogur, der die ganze Tarifbewegung angerührt hatte, meinte in dieser Versammlung, es spreche vieles gegen einen Tarif. Ein solcher sei nur ein elendes Stück Papier, ohne Macht. Auch würden bei einer tariflichen Regelung der Verhältnisse die Leute aus dem Verbands austreten usw. Auf Veranlassung des Herrn Hübsch wurden dann die Lohnkommissionsmitglieder veranlaßt, nochmals bei dem Fabrikanten vorstellig zu werden.

Wenn Herr Hübsch den Tarif nicht wollte, dann hätte er jetzt eine Sitzung der Vertrauensleute aus sämtlichen Betrieben bzw. eine allgemeine Versammlung aller organisierten Arbeiter veranstalten sollen. Er konnte doch wissen, daß die Tarifforderung der übrigen Betriebe eine Verständigung bei Gebr. Hansen ausschloß. Also entweder, es mußte der Tarif fallen, dann kam eine Verständigung, oder es mußte der Kampf um den Tarif auf der ganzen Linie aufgenommen werden. Aber nichts von diesem geschah.

Man warfste eben nur so weiter. Am Montag fand wieder eine Versammlung der Arbeiter von Hansen-Brachsenfeld statt. Hier erstattete die Kommission Bericht über die Verhandlungen mit Herrn Hansen. Die Arbeiterschaft war mit dem Erfolg nicht einverstanden. Verschiedene Redner des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes forderten, an dem eingereichten Tarif festzuhalten. Es kam in dieser Versammlung zu kühnen Zwischenfällen. Ein Mitglied der „Deutschen“ erklärte, er habe früher in Grimnitzau, in Cottbus und in Forst i. L. gearbeitet. Bei jeder Bewegung ist Hübsch gekommen und hat dieselbe abgewürgt. Jetzt bin ich schon ein Jahr in Neumünster, seit acht Monaten arbeite ich mit an dem Tarifvertrag, und am ersten Streiktag erscheint Herr Hübsch und schlägt uns den Tarif in Trümmer. Er bezeichnete dieses geradezu als Verrat. Die Beamten der „Deutschen“, Hübsch und Kogur, konnten nur unter fortwährenden heftigen Unterbrechungen reden. Als Kogur meinte, man betrage sich ja, als wenn man verraten wäre, rief man vielsümmig: „Sind wir auch, wir treten aus den Verband.“

Wir sind verraten und verkauft.

Wozu brauchen wir dann einen Verband“ usw. Kogur und Hübsch suchten fortwährend die Arbeiter von dem Tarifgebank abzubringen. Hübsch sagte bei dieser Gelegenheit:

„Was ist ein Tarif? Es ist nichts anderes als eine Lohnabelle. Mit der Durchführung des Einheitstarifs hat es in der deutschen Tuchindustrie noch gute Wege“ usw. Ein Mitglied seines Verbandes

sagte dem Kogur, seit Hübsch da wäre, habe er, Kogur, sich gedreht wie ein Windmühlensügel.

Das Resultat der Versammlung war, daß man mit den Zugeständnissen der Firma nicht einverstanden war und beschloß, weiter zu streiken.

Zur Neuordnung der Krankenkassen.

Nachdem seit dem 1. Januar dieses Jahres die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in Kraft getreten ist, hat sich das Interesse in den an der Durchführung der R.-V.-D. interessierten Kreisen zunächst der Frage der Neuordnung der Krankenkassen zugewandt. Noch ist nicht bekannt, wann die Durchführung von der Regierung angeordnet wird; als Termin wird der 1. Juli 1913 genannt. Inzwischen ist unter den Versicherungs-Gesetzten und Technikern der Streit entbrannt über die richtige Auslegung des zweiten Buches der R.-V.-D. Wir wollen uns in diesen Streit nicht einmischen, sondern nur herausstellen, was ist, um den Funktionären und Vertrauensleuten im Lande einige Richtlinien und damit zugleich Antwort auf die mancherlei hierauf bezüglichen Fragen zu geben. Wir halten uns, soweit das nötig, an den Wortlaut des Gesetzes.

Dieses kennt in Zukunft nur noch Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen. Die letzteren sind eine Neuerung. Die bisherige Gemeindekrankenversicherung fällt in Zukunft fort. Durch Kaiserliche Verordnung wird der Tag bestimmt, bis an welchem die Gemeindekranken-kassen geschlossen sein müssen. Die Landkrankenkassen können als Ersatz für die Gemeindekranken-kassen angesehen werden.

An Stelle der bisherigen gemeinsamen Ortskrankenkassen treten in Zukunft die allgemeinen Ortskrankenkassen. Ueber beide Klassenarten bestimmt § 226 der R.-V.-D., „daß sie für örtliche Bezirke errichtet werden“, also für den Bezirk eines Versicherungs-Amtes, das ist der Bezirk einer oder mehrerer unteren Verwaltungsbehörden.

Die Frage, inwieweit eine Verschmelzung der verschiedenen an einem Ort bestehenden Kassen vor sich gehen wird oder muß, ist vorläufig noch fröchtig. In solchen Städten z. B., wo durch Eingemeindung mehrere gemeinsame O.-K.-K. bestehen, neigt ein Teil der Interessenten zu der Ansicht, daß alle diese Kassen zu einer allgemeinen Ortskasse vereinigt werden müßten, während der andere Teil der Ansicht ist, daß diese Kassen auf Grund des § 231 ff. der R.-V.-D. als besondere Ortskrankenkassen fortbestehen können, sofern sie mindestens 250 Mitglieder haben. Dieser Ansicht schließen sich namhafte Versicherungstechniker und Regierungsbeamte an. Sollte sich diese Ansicht als die richtige erweisen, dann würde die Zentralisation nicht so an Ausdehnung gewinnen, wie sie manchen Kreisen erwünscht erschien. Man wird in dieser Frage die Entscheidung der maßgebenden Stellen abwarten müssen.

Der Ausdruck „Land“-Krankenkassen ermöglicht in Bezug auf den Kreis der Versicherten und den Bezirk der Errichtung einen Trugschluß insofern, als er die Annahme zuläßt, daß die Kassen nur für ländliche Bezirke und Landarbeiter in Frage kommen. Dem ist nicht so, denn § 235 der R.-V.-D. sagt: „Mitglieder sind die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Diensthoten, die im Wandergewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten.“ Da, wo mindestens 250 Personen als Pflichtmitglieder in Frage kommen, kann auch in städtischen Bezirken eine Landkrankenkasse errichtet werden. (§ 228 R.-V.-D.) Jedoch kann nach § 229 die Errichtung unterbleiben, wo der Beschlußauschluß des Versicherungsamtes nach Anhören beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter das Bedürfnis verneint. Von der Errichtung einer Ortskrankenkasse neben einer Landkrankenkasse kann mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde abgesehen werden, wenn die Ortskrankenkasse nicht mindestens 250 Pflichtmitglieder haben würde. (§ 230) Der Errichtung dieser Kassen erfolgt auf Beschluß der Vertreter des Gemeindeverbandes, also der Stadtverordnetenversammlung, des Gemeinderats oder des Kreisrates.

Die Landkrankenkassen müssen gegenüber den Ortskrankenkassen als minderwertig bezeichnet werden. Auch die R.-V.-D. Kommission war sich dessen bewußt und nur die Rücksicht auf die anders gearteten landwirtschaftlichen Betriebe führte zur Annahme dieser Landkrankenkassen. Die Minderwertigkeit besteht in den geringeren Leistungen und dem Fehlen der Selbstverwaltung. Es ist indessen nicht notwendig, daß die Leistungen geringere sind, sie können vielmehr denen der Ortskrankenkassen gleichwertig sein. Die Höhe der Leistungen wird bei der Errichtung der Kasse von den Vertretern des Gemeindeverbandes im Statut festgelegt. Sind diese Vertreter sozial fortgeschritten, dann werden sie die Leistungen über das im Gesetz vorgeschriebene Minimum hinaus ausdehnen. Geschieht das nicht, dann hat es der Vorstand der Kasse in der Hand, die Leistungen durch Vorstandsbeschlus zu erhöhen, bezw. zu verbessern. Danach scheint bei diesen Kassen alles in schönster Ordnung. In der Praxis dürfte sich die Sache aber in den meisten Fällen anders gestalten. Der Vorstand der Landkrankenkassen wird nämlich nicht, wie bei den Ortskrankenkassen, vom Ausschus, der Generalversammlung, gewählt, sondern von der Vertretung des Gemeindeverbandes. Ist nun diese Vertretung sozial fortgeschritten, so wird sie zu Vorstandsmitgliedern sozialpolitisch aufgeklärte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wählen. Solche Kassen werden ihrer Aufgabe gerecht werden. Triift die oben angenommene Voraussetzung für die Gemeindevertretung nicht zu und werden bei Errichtung der Kassen im Statut nur die im Gesetz vorgesehene Mindestleistungen festgelegt, dann wird eine solche Gemeindevertretung der Kasse auch einen Vorstand geben, von dem Verbesserungen nicht zu

erhoffen sind. In diesen Umständen liegt die Minderwertigkeit der Landkrankenkassen begründet. Man wird also die Landkrankenkassen nicht generell verwerfen dürfen, sondern die Stellungnahme wird sich nach den jeweiligen Umständen richten müssen. Württemberg und Baden hat von dem § 227 der R.-V.-D. Gebrauch gemacht, nach welchem „die Landesgesetzgebung für das Gebiet oder Gebietsteile des Bundesstaats bestimmen kann, daß keine Landkrankenkassen neben den allgemeinen Ortskrankenkassen errichtet werden.“ Preußen hat zu dieser Frage noch keine Stellung genommen, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß hier ein allgemeiner Ausschluß der Landkrankenkassen nicht stattfinden wird.

Betriebskrankenkassen können in Zukunft nur noch in solchen Betrieben errichtet werden, die auf die Dauer mindestens 150 (bisher 50) Versicherungspflichtige beschäftigen. Wo bereits bestehende Betriebskrankenkassen weiter bestehen wollen, müssen sie mindestens dauernd 100 Mitglieder haben. Für Landwirtschafts- und Binnen-schiffahrtsbetriebe können Krankenkassen errichtet werden, wenn sie dauernd mindestens 50 Versicherungspflichtige beschäftigen. Es ist zu begrüßen, daß die kleinen Kassengebilde verschwinden, in denen die Versicherten zwar nach dem Gesetz dieselben Rechte haben wie in den anderen Kassen, aber in Wirklichkeit meist nur einen sehr geringen Einfluß ausüben auf die Ausgestaltung dieser Kassen.

Das letztere trifft in noch höherem Maße zu auf die Innungskrankenkassen. Ihr Fortbestehen ist von der Gleichwertigkeit der Leistungen, mit denen der am Orte maßgebenden Ortskrankenkasse abhängig. Dadurch wird die Lebensfähigkeit vieler dieser Kassen unterbunden werden und nicht zum Nachteil für die Arbeiterschaft.

Besondere Aufgaben für die christlich-nationale Arbeiterschaft sind vorläufig noch nicht vorhanden. Das Hauptaugenmerk ist zunächst zu richten auf den Ausbau der zur Durchführung der Wahlen in Frage kommenden Organisationen, die Orts- und Bezirkskartelle und die Ausschüsse für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten. Das Generalsekretariat des Gesamtverbandes verfolgt die ganze Angelegenheit und wird bei notwendigen Aktionen durch Rundschreiben an die Funktionäre der Bewegung herantreten und für diesen Fall heißt es: „Bereit sein ist alles.“

Allgemeine Rundschau.

Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hatte in seiner heutigen Sitzung (vom 14. Juni) zu prüfen, ob zur Ergreifung etwaiger neuer Maßnahmen und Vorkehrungen in Sachen des Gewerkschaftsstreites ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß einberufen werden solle. Die Beratungen führten zu folgendem einstimmigen Beschluß:

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß erweist sich mit Rücksicht auf den im Herbst ohnehin stattfindenden ordentlichen Kongreß im gegenwärtigen Stadium der Auseinandersetzungen als nicht notwendig.

Der Verleumdungszug der katholischen Fachabteilungsbewegung ist auf der ganzen Linie erfolgreich abgeschlagen. Noch nie hat sich die öffentliche Meinung so entschieden und so einmütig für unsere Bewegung eingesetzt. Nach den letzten Ereignissen fehlt den Sonderbestrebungen der Fachabteilungen in Deutschland jedweder Resonanzboden. Zu Veränderungen an den Grundsätzen und der Praxis der christlichen Gewerkschaften liegt keinerlei Veranlassung vor.

Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft katholischer und evangelischer Konfession steht wie ein Mann fest in der unerschütterlichen Überzeugung von der wirtschaftlichen und nationalen Notwendigkeit ihres gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens. Die grundsätzlichen Angriffe der Fachabteilungsbewegung gegen den christlichen Gewerkschaftsgedanken erachtet sie in ihren letzten Konsequenzen als Angriffe auf das Wirtschafts- und Verfassungsgesamte unseres Vaterlandes.

Wir protestieren daher erneut gegen die unablässigen Verleumdungen und Beunruhigungen, wie sie von der bekannten Presse des In- und Auslandes seit Jahren gegen die christlichen Gewerkschaften betrieben werden. Ehrenmänner Art ist es nicht, zu unterstellen, wo die Tatsachen unzweifelhaft reden. Wir protestieren vor allem gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Gegensatz zu allen anderen Ständen.

Gegen unsere Grundsätze und unsere bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit konnten sichhaltige und tatsächliche Einwände sittlich-religiöser Art, auch nach dem Zeugnisse berufener Instanzen, nicht beigebracht werden. Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen deshalb gleich allen anderen Ständen ihre wirtschaftliche Freiheit und Selbstständigkeit.

Köln, den 19. Juni 1912.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

Eine bedeutsame Erklärung. Zu dem neuesten Streit um die christlichen Gewerkschaften sind wieder weitere Erklärungen einiger hoher kirchlicher Würdenträger erfolgt, die unzweifelhaft beruhigend wirken. Die Erklärungen des Uditors Heiner haben wir in der vorigen Nummer bereits kurz besprochen. Mittlerweile ist eine Äußerung des Vertreters der päpstlichen Kurie in Deutschland, Kunzins Frühwirth in München, bekannt geworden, worin versichert wird, daß die von Heiner

dargelegten Gedanken der Meinung des Papstes ent-
sprachen. Zudem hat eine bayerische Zeitung („Bayerischer
Kurier“) eine Besprechung mit dem päpstlichen Nunzius
geholt. Auf Grund dieser Besprechung mit dem Vertreter
des Papstes in Deutschland schreibt das Blatt zum Ge-
werkschaftsstreit:

„Alles, was gesprochen wird vom „Ende der christlichen
Gewerkschaften“ von einem päpstlichen Verbot der Teilnahme,
ist Produkt der Erregung und der Phantasie.
Das für unsere Verhältnisse notwendigen
interkonfessionellen Arbeiter-Gewerkschaften
nicht anders behandelt werden können als die
Bauernvereine und Handwerkerorganisationen,
versteht sich unseres Erachtens nachgerade von
selbst. Das der Heilige Stuhl lieber katholische Arbeiter-
organisationen sehen würde, ist doch ganz selbstverständlich.
Das geht vielleicht den meisten Katholiken gerade so. Aber
es ist, wie gesagt, in Deutschland bei unseren
Verhältnissen, Mischung der Konfessionen, Lage
der Industrie und Kampf gegen die Sozialdemo-
kratie auf Leben und Tod, nichts anderes möglich,
und der Heilige Stuhl ist nicht in der Lage, eine
Aenderung darin herbeizuführen. Der Heilige
Stuhl will es auch gar nicht. Darüber besteht be-
ruhigende Gewissheit, die man nun endlich propagieren sollte,
genau schon deshalb, weil auch der deutsche Episkopat gleichen
Auffassungen huldigt und weiß nach der Verlautbarung des
hochwürdigen Herrn Nunzius auch der Heilige Stuhl deutlich
und bestimmt an die „Führung und Leitung der zuständigen
Bischöfe“ verweist.

Diese Äußerungen des „Bayerischen Kurier“, die doch
wohl den Inhalt der Besprechung mit dem Nunzius
wiedergeben, sind wesentlich klarer und wirken wesentlich
beruhigender, als das bei den Erklärungen des Uditore
Heimer der Fall war. Es ist darin unzweideutig aus-
gesprochen, daß bei den deutschen Verhältnissen das Zu-
sammengehen von Katholiken und Protestanten auf dem
Boden einer gemeinsamen Gewerkschaft notwendig ist,
daß auch der Papst nicht in der Lage ist, hierin eine
Aenderung herbeizuführen, daß die Absicht auch gar nicht
besteht. Das ist für unsere katholischen Mitglieder eine
Beruhigung und eine Genugtuung.

Wir müssen Ruhe haben. In einer Besprechung der
Erklärung von Uditore Heimer in der vorigen Nummer
dieser Zeitung haben wir bereits betont, daß unbedingt
dafür gesorgt werden muß, daß die christlichen Gewerk-
schaften vor ähnlichen Dingen, wie sie jetzt die „Berliner“
Verdächtigungsaktion zuwege gebracht hat, in
Zukunft verschont bleiben. Den „Berlinern“
muß das unsaubere Handwerk endgültig gelegt
werden, wenn die christlich-nationale Arbeiter-
bewegung sich weiter entwickeln und der poli-
tischen und gewerkschaftlichen Sozialdemo-
kratie nicht fürderhin noch von „Berliner“ Seite
Wasser auf die Agitationsmühlen geführt
werden soll. Die christlichen Gewerkschaften sind die
ewige Regiererei gründlich satt. Das ist auch die
Stimmung, die in der gesamten uns freundlich gesinnten
Lagepresse zum Ausdruck kommt. Kollege Steger-
wald hat diesem Standpunkte Ausdruck gegeben in einem
Artikel der „Köln. Volksztg.“, wo er schreibt:

Allseitig wird betont, daß die nunmehr schon ein
Jahrzehnt sich fortziehenden Verdächtigungen gegen die
christlichen Gewerkschaften endlich einmal definitiv
ausgeräumt werden müßten. Die Bewegung

könne diese unausgesetzte Beunruhigung unmöglich ertragen.
„Welche wirtschaftliche Interessenvertretung irgend eines
anderen Standes würde eine solche Bekämpfung mit ber-
artigen Mitteln so ruhig hingenommen haben, wie die
christliche Gewerkschaftsbewegung dies getan?“ So wird
allgemein gefragt. Man ist sich klar, daß es so
wie bisher unmöglich weitergehen kann.
Während der letzten Jahre haben die christlichen Gewerk-
schaften auf die vielfeitigen Verdächtigungen geantwortet.
Sie können es fürder nicht mehr. Es fällt den
katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften
nicht ein, ähnlich wie die Sozialdemokratie es tut, höchste
Stellen der Kirche einer beabsichtigten ungleichmäßigen
Behandlung der verschiedensten Stände in der schwebenden
Frage zu bezichtigen. Soweit aber dem Drängen
und den unaufhörlichen Verdächtigungen des
„Berliner“ Verbandes gegenüber den christ-
lichen Gewerkschaften nachgegeben wurde und
wird, ist eine tatsächliche, ungleichmäßige Be-
handlung der wirtschaftlichen Interessen-
vertretungen der einzelnen Stände die un-
ausbleibliche Folge. Dagegen erheben mit
Zug und Recht die katholischen Mitglieder
unserer Gewerkschaften energischen Einspruch,
weil sie sehr gut wissen, daß derartige nicht den In-
tentionen ihrer obersten kirchlichen Behörde entsprechen
kann.

Die evangelischen Mitglieder, die vertrauensvoll unsere
Bewegung mitgegründet und erfolgreich fortentwickelt
haben, erwarten von ihren katholischen Mitarbeitern in
denselben mit Recht, daß sie alles aufbieten, um
die in Rebe stehenden Hemmnisse der Bewe-
gung endlich zu beseitigen. Man kann es ihnen
doch nachsagen, daß sie ihre Arbeit und ihr Geld nicht
dauernd einer Organisation widmen wollen, die, obwohl
man sie im Wirtschaftsleben so lange ungehindert arbeiten
läßt, von allen namhaften katholischen Sozialpolitikern
und von fast allen katholischen deutschen Bischöfen gebilligt
und gefördert, dennoch durch unberechtigte An-
griffe von anderer katholischer Seite ständig
äußeren Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Alle
Mitglieder unserer Bewegung haben schließlich ein Recht
darauf, da sich ihre Organisationen keine beweisbaren
Verstöße gegen Moral und Sitte zuschulden kommen
lassen. Jede Gewerkschaft, und eine christlich-nationale
Gewerkschaft in Deutschland ganz besonders, bedarf zäher,
schwieriger Arbeit, um äußerlich und innerlich zu erstarren.
Diese Erstarbung ist für die christliche Gewerkschafts-
bewegung eine Lebensfrage, sollen die bisherigen Opfer
nicht vergeblich gebracht sein. Auch unter diesem
Gesichtspunkt sind die christlichen Gewerk-
schaften die ewigen Anfeindungen gründlich
müde.

Die Proteste im Lande. In mehreren größeren
Orten nahmen Versammlungen der christlichen Gewerk-
schaften zu der neuesten Aktion der „Berliner“ Stellung.
Überall kam ein tiefer Groll und ein einmütiger Protest
gegen diese ewige Verleugung und Verleumdung zum
Ausdruck. Das christliche Gewerkschaftskartell für Leip-
zig und Umgebung befaßte sich in einer gut besuchten
Sitzung mit der von der Presse besprochenen Antwort
des Papstes auf die Fuldigungsadresse des Verbandes
katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin). Die Ver-
sammlungen machten sich die Erklärung des Gesamtverbandes

der christlichen Gewerkschaften zu eigen, worin u. a. aus-
drücklich festgestellt wird, daß die Fuldigungsadresse eine
schmachvolle Täuschung des Oberhauptes der katholischen
Kirche bedeute, wogegen energischer Protest am Platze
sei. Die christlichen Gewerkschaften würden auch in Zu-
kunft der satzungsmäßig übernommenen Verpflichtung
nachkommen, daß die religiös-sittliche Überzeugung ihrer
Mitglieder durch die gewerkschaftliche Praxis keineswegs
verleht werde. Die Tatsache, daß Deutschland neben den
mächtigen, festorganisierten Arbeitgeberverbänden die
stärkste Sozialdemokratie der Welt besitze, mache eine
geschlossene, leistungsfähige, nichtsozialistische Gewerk-
schaftsbewegung zu einer unabwendbaren Notwendigkeit, wenn
der Arbeiterchaft ein angemessener Anteil an den Er-
folgen der Produktion erhalten und die national denkende
Arbeiterchaft nicht der Sozialdemokratie in die Arme
getrieben werden soll. Die Versammelten sprachen dem
Gesamtvorstande den Dank für seine tatkräftige Stellung-
nahme aus. Sie wollten auf der erprobten Grundlage
unbeirrt weiter arbeiten.

In Düsseldorf wurde in einer außerordentlich stark
besuchten Versammlung der Vorstandsmitglieder sämtlicher
christlichen Gewerkschaften des Orts nach einem Vortrage
unseres Kollegen Schiffer, über die „Situation in unserer
Bewegung“ eine Resolution angenommen, in der gegen
das Vorgehen der „Berliner“ Protest erhoben und ferner
erklärt wird, daß die katholischen und evangelischen Mit-
glieder der christlichen Gewerkschaften fest entschlossen
sind, in alter Treue innerhalb der christlichen Gewerk-
schaften weiter zusammen zu arbeiten zur Verbesserung
der materiellen Lebenshaltung der Arbeiterchaft. Es
heißt da:

„Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Düsseldorfs
hat mit Befriedigung von den Erklärungen Kenntnis ge-
nommen, die der Vorstand des Gesamtverbandes und der
einzelnen christlichen Gewerkschaftsverbände gegen die jüngsten
Duertreibereien und Verdächtigungen der sogenannten „Ber-
liner Richtung“ abgegeben haben. Mit Entschiedenheit ver-
tritt das Kartell den Standpunkt, daß die christlichen Gewerk-
schaften ihren interkonfessionellen, nicht parteipolitischen
Charakter beibehalten und nach wie vor ihre volle Unab-
hängigkeit und Selbständigkeit wahren müssen.

Das gute Verhältnis zu den konfessionellen Standes-
vereinen soll erhalten und weiter gefördert werden. Das
Kartell ist bestrebt, die auf dem ersten deutschen Arbeiter-
kongress zu Frankfurt a. M. (1903) angeregte Personalunion
in der Mitgliedschaft der konfessionellen Arbeitervereine und
der christlichen Gewerkschaften nach Kräften durchzuführen.
Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands und
angesichts der großer gewordenen sozialdemokratischen Gegen-
schaft kann nur eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung,
die es sowohl mit der Vertretung der Arbeiterinteressen als
auch mit der ehrlichen Pflichterfüllung des Arbeiterstandes
ernst nimmt, von allgemeinem Nutzen sein.

Das Kartell fordert daher die christlich und national
gesinnte Arbeiterschaft Düsseldorfs auf — den Gegnern von
rechts und links zum Trotz —, gerade die jüngsten Angriffe
gegen die christlichen Gewerkschaften durch Agitation und
Beitritt zu einer weiteren Stärkung ihrer Organisationen zu
benutzen.“

Ebenfalls fand eine imposante Versammlung in Köln
statt. Hier kam nach einem Referate des Kollegen
Stegerwald die Stimmung der Versammlung in fol-
gender Resolution zum Ausdruck:

„Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften Köln
schließt sich dem Proteste des Vorstandes des Gesamtverbandes
gegen den neuesten Verleumdungsfeldzug der „Berliner“ voll-
inhaltlich an und spricht der Leitung der christlichen Gewerk-
schaften herzlichsten Dank aus für die entschlossene Haltung

Die Baumwollindustrie und die Baumwolle in der Volks- und Weltwirtschaft.

Von Albin Michel, Berlin.

Außer der Montanindustrie gibt es keinen Industriezweig,
der eine gleich mächtige Entwicklung aufweisen könnte, wie
die Baumwollindustrie. Mit der riesigen Entwicklung der
Baumwollindustrie ist aber auch die Baumwolle selbst und
ihre Erzeugung in einem sehr wichtigen Faktor in den volks-
und weltwirtschaftlichen Beziehungen geworden. Die Baum-
wollindustrie ist zum wichtigsten Zweig im gesamten Textil-
gewerbe geworden und ihr Vorsprung gegenüber anderen
Branchen des Textilgewerbes wird mit jedem Jahre größer.
Wie sich die Industrie, in der Baumwolle verarbeitet wird,
ganz enorm erweitert hat, so ist auch der Anbau und der
Verbrauch von Baumwolle stetig gewachsen. Im Jahre 1890
hatten die Vereinigten Staaten von Amerika eine Baumwollen-
produktion von 20000 Ballen, heute werden in den Ver-
einigten Staaten im Jahre 9 bis 13 Millionen Ballen Baum-
wolle hervorgebracht. Der Wert der in einem Jahre ein-
geernteten Baumwolle kann auf rund 4000 Millionen Mark
eingeschätzt werden, rechnet man dazu noch die Kosten der
Bearbeitung, die Transportkosten, Versicherungspremien usw.,
so wird der Wert der in jedem Jahre erzeugten Baumwollen-
gewebe kann unter 10000 Millionen Mark einzusetzen sein.
In noch höherem Summe würde man kommen, wenn die
Preise angehebt würden, die für die Erzeugnisse der Baum-
wollindustrie im Detailhandel bezahlt werden müssen.
Bei der Verarbeitung und beim Anbau auf der Erde sind
jetzt insgesamt 17 bis 18 Millionen Menschen beschäftigt.
Dieser Wert der Erde ist, auf dem die Baumwolle ange-
baut wird, darüber liegen keine Schätzungen vor; dagegen
wird das Anlagekapital in der Baumwollindustrie auf ins-
gesamt 10000 bis 11000 Millionen Mark geschätzt. Es liegen
auch Schätzungen vor, wie sich diese Kapitalien im einzelnen
verteilen. Danach entfallen 60 Prozent der überhaupt in der
Baumwollindustrie angelegten Kapitalien auf die Spinnerei,
30 Prozent auf die Weberei und 10 Prozent auf die Neben-
betriebe. In der Baumwollindustrie selbst sind gegen 2 1/2
Millionen Personen beschäftigt, deren jährlicher Arbeitsver-
dienst auf 20.000 Millionen Mark eingeschätzt wird! Danach
kame im Durchschnitt auf eine Arbeiterin oder auf einen
Arbeiter in der Textilindustrie ein Jahreslohn von 800 Mark.
Auch wenn man berücksichtigt, daß die Baumwollindustrie

schon in Ländern wie China, Japan, Rußland usw. Eingang
gefunden hat, in denen im allgemeinen noch sehr niedrige
Löhne bezahlt werden, ist dieser Durchschnittslohn sehr niedrig.
Denn in diesen Durchschnittslöhnen stecken auch die Löhne
der Werkmeister und Betriebsbeamten, die doch zum Teil
bedeutend höher sind als die der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Baumwolle wird auf mehr als 3 Millionen Beh-
rungen und auf rund 135 Millionen Spindeln verarbeitet.
Die Zahl der Spindeln vermehrt sich in jedem Jahre um
ungefähr 3 Prozent. Noch im Jahre 1900 wurden erst 105,6
Millionen Spindeln gezählt. Am stärksten ist seit dieser Zeit
die Spindelzahl in den Vereinigten Staaten gestiegen, näm-
lich von 19,4 Millionen auf 28,5 Millionen. Und zwar waren
es die eigentlichen Baumwollstaaten, die Staaten des Südens,
in denen die Baumwolle angebaut wird, die die größte Er-
weiterung der Baumwollindustrie aufzuweisen hatten. In
diesen Staaten war die Spindelzahl gestiegen von 4,3 Mil-
lionen im Jahre 1900 auf 10,4 Millionen im Jahre 1909.
Im gleichen Zeitraum war die Zahl der Baumwollspindeln
gestiegen von 4,5 Millionen auf 53,3 Millionen in Groß-
britannien, von 8 Millionen auf 10,1 Millionen in Deutschland,
von 7,5 auf 8 Millionen in Rußland, von 3,5 auf 7 Millionen
in Frankreich, von 1,9 auf 5 Millionen in Italien, von 3,3
auf 4,3 Millionen in Desterreich-Ungarn, von 0,9 auf 1,2
Millionen in Belgien, von 4,9 auf 5,8 Millionen in Britisch-
Indien, von 1,2 auf 1,7 Millionen in Japan und 0,5 auf
0,8 Millionen in China, von 0,4 auf 1 Million in Brasilien usw.
Eine Verminderung zwischen 1900 und 1909 war nur zu
registrieren in der Schweiz und in Spanien. In Spanien
wurden im Jahre 1900 noch 2,6 Millionen Baumwollspindeln
gezählt, im Jahre 1909 aber nur noch 1,9 Millionen und in
der Schweiz war ein Rückgang von 155000 auf 149700
Baumwollspindeln zu verzeichnen. Dabei wollen wir gleich
noch ein paar Zahlen aufzählen, um zu zeigen, wie sich die
Baumwollindustrie allein in Deutschland ausgedehnt hat.
In größerem Umfange wurde mit der Baumwollindustrie
in Sachsen begonnen und nach Erlaß der Kontinentalperre,
nachdem England vom europäischen Markt abgedrängt worden
war, nahm dort die Baumwollspinnerei sogar einen recht
frühen Aufschwung. Trotzdem aber wurde noch im Jahre
1812 keine einzige der sächsischen Baumwollspinnereien mit
Dampf betrieben. Im Jahre 1846 wurden in Preußen
153 Betriebe der Baumwollspinnerei mit zusammen 170433
Spindeln gezählt; heute gibt es einzelne Unternehmungen,
die eine höhere Spindelzahl aufweisen können. Das auch
damals die Dampfkraft bei der Baumwollverarbeitung
noch in geringem Maße angewandt wurde, geht aus einer
historischen Ermittlung hervor, wonach im Jahre 1884 in
ganz Preußen in Spinnereien, Webereien und Mollereien

237 Dampfmaschinen mit 8236 Pferdekraften in Betrieb waren.
Stärker hatte sich schon die Baumwollindustrie im Königreich
Sachsen entwickelt. Dort wurden in den 40er Jahren des
vergangenen Jahrhunderts 132 Baumwollspinnereien mit
insgesamt 474998 Spindeln gezählt. Insgesamt wies der
Zollverein 313 Baumwollspinnereien mit 750274 Spindeln
nach. Da die Zahl der Baumwollspindeln jetzt, wie bereits
erwähnt, mehr als 10 Millionen beträgt, so hat sich also seit
dem Jahre 1892 auch in Deutschland beinahe eine Verdopp-
lung der Zahl der Baumwollspindeln bemerkbar gemacht.

Da bei der Verwendung der Baumwollener-
zeugnisse zunächst an die Kleidung gedacht wird, ist die
Kleidungsstücke, die aus Baumwollgeweben angefertigt werden,
wollen wir zunächst darauf hinweisen, daß die Baumwolle
auch noch sehr viel zu anderen Zwecken gebraucht wird, ja,
daß es heute kaum eine Industrie mehr gibt, in der nicht
Erzeugnisse der Baumwollindustrie Verwendung finden.
Hierbei folgen wir einem Situationsbericht des deutschen
Konsuls in Atlanta, im Staate Georgia. Die Geldsäcke der
Banken sind aus Baumwollstoffen angefertigt; allein das
Schahamt der Vereinigten Staaten verbraucht im Jahre gegen
4 Millionen Yards Baumwollzeug für Geldsäcke. Der
Bedarf der Zementfabriken an Baumwollstoffen wird allein
in den Vereinigten Staaten jährlich auf 8 Millionen Yards
eingeschätzt, viele Millionen Meter Baumwollzeug werden
auch zur Herstellung der Futtersäcke für Pferde verwendet.
Papierfabriken verwenden große Mengen starken Baumwollen-
stoffes für ihre Trockenmaschinen. Gegen 50 Millionen Yards
Baumwollstoffe werden nach der Schätzung des deutschen
Konsuls allein in Nordamerika bei der Herstellung von Gummi-
gürteln, Gummischläuchen und ähnlichen Erzeugnissen ver-
wendet. Ansehnliche Mengen von Baumwollstoffen werden
verwendet bei der Handschuhfabrikation, bei der Herstellung
von Gamaschen, Tennis- und Turnschuhen, bei der Kaffee-
fabrikation und in den Buchbindereien. Große Abnehmer
von Baumwollstoffen sind weiter die Eisenbahn- und
Straßenbahnverwaltungen. Die Sitze sind meistens mit Baum-
wollstoffen überzogen und der Hauptbestandteil der Luft-
bremsschläuche ist die Baumwolle. Nach der Schätzung
des deutschen Konsuls verbrauchen die Eisenbahn- und
Straßenbahngesellschaften in den Vereinigten Staaten von
Amerika allein jährlich Baumwollstoffe, zu deren Herstellung
eine Million Ballen Baumwolle nötig sind. Nimmt man
für die Eisenbahn- und Straßenbahnverwaltungen in anderen
Ländern den gleichen Bedarf an, so ergibt sich allein schon
hieraus ein ganz bedeutender Bedarf an Baumwollenerzeug-
nissen. Auch die Automobilindustrie hat einen sehr starken
Bedarf an Baumwollstoffen; das meiste davon wird zur
Herstellung der Gummireifen verwendet.

während der letzten Tage. Mitglieder und Führer stehen bei der Aufrechterhaltung des von ihnen gemeinsam geschaffenen Lebenswerkes untrennbar zusammen. Die christlichen Gewerkschaften Deutschlands sind auf der Grundlage, auf der sie geschaffen wurden und worauf sie sich während 15 Jahren betätigt haben, sowohl gegenüber den Gärten der Wirtschaftsentwicklung wie auch gegenüber dem sozialdemokratischen Zerwürfnis für die christlich-national denkende Arbeiterklasse eine unbedingte Notwendigkeit; das Programm der katholischen Fachabteilungen ist weder in seinen religiösen Gedanken, noch insbesondere nach der sozialwirtschaftlichen Seite in Deutschland durchführbar. Das Bezirkskartell hält, neben der gewerkschaftlichen Organisation, konfessionelle kirchliche Stände (Arbeiter, Gesellen, Jugend usw.) Vereine zwecks religiöser Festigung und Vertiefung wie staatsbürgerlicher Schulung für eine unbedingte Notwendigkeit und fordert in diesem Sinne alle christlich und national gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich sowohl den christlich-nationalen Gewerkschaften wie den konfessionellen Ständevereinen anzuschließen."

Nachrichte Kundgebungen werden gemeldet aus München, Freiburg, Bamberg u. a.

Im Anschluß hieran sei mitgeteilt, daß in der am 16. Juni in Danzig stattgefundenen Delegiertenkonferenz der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Danzig, in der 25 Vereine mit 6970 Mitgliedern durch 67 Delegierte vertreten waren, der Bezirkspräsident, Herr Pfarrer Sawaghi, unter lebhafter Zustimmung eine Erklärung abgab, worin gegen die Verleumdungen Anklagen der „Berliner“ entschiedene Verwahrung eingelegt und die unerschütterliche Treue zu der Sache der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen wird. In demselben Sinne wurde auf dem Delegiertentage der katholischen Arbeitervereine der Diözese Mainz, der am vergangenen Sonntag in Worms stattfand, Stellung genommen.

Ein organisierter Handwerksmeister zum Gewerkschaftsstreit. In den jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Erörterungen über den Gewerkschaftsstreit, so schreibt ein organisierter Handwerksmeister in der „W.“ ist häufig — und mit Recht — darauf hingewiesen worden, daß man nur den Arbeitern den Zusammenschluß in interkonfessionellen Verbänden verleiht, während an die interkonfessionellen Organisationen der anderen Erwerbsstände sich die Kritik der Berliner und ihrer Gesinnungsgenossen nicht herantut. So soll ja auch einer der Hauptquartiere, Graf Oppersdorf, für sich das Recht in Anspruch nehmen, einem interkonfessionellen Bauernverein vorzustehen. Auch im Handwerk hat man verschiedentlich schüchterne Versuche gemacht, nach Konfessionen getrennt zu organisieren. Es ist aber meines Wissens bei den Versuchen geblieben. Wie sollte es aber auch mit dem Gesetz in Einklang zu bringen sein, das bekanntlich die Organisation des Handwerks in Innungen und Handwerkskammern regelt, wenn man dabei konfessionelle Schranken aufrechten wollte? Die festeste Organisationsform im Handwerk ist die Zwangsinnung, die auf Antrag durch Mehrheitsbeschluß errichtet wird und der alle Gewerbetreibende des betreffenden Handwerks angehören müssen. Hier kann also unmöglich irgend welche Absonderung stattfinden.

Dabei haben die Innungen wichtige Aufgaben, die nicht lediglich wirtschaftlicher Natur sind, sondern zum großen Teile auf ethisch-sittlichem und moralischem Gebiete liegen, wie die Pflege des Gemeingeistes und die Aufrechterhaltung und Pflege der Ständebere unter den Innungsmitgliedern, die Förderung eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, die Fürsorge für das Herbergwesen und die Regelung des Lehrlingswesens. Diese Aufgaben hat der Gesetzgeber unbedenklich den interkonfessionellen Innungen zugewiesen, und man hat nirgendwo gehört, daß bei der Durchführung dieser Aufgaben religiöse Bedenken laut geworden sind, obwohl es im Handwerk an Ständevereinen religiös-sittlichen Charakters, wie der Gewerkschaften sie in den konfessionellen Arbeitervereinen besitzt, fast überall fehlt. Ich kann daher wirklich keine Logik und keine Gerechtigkeit darin finden, daß man die Arbeiter in der Organisationsfrage mit einem anderen Maßstab mißt, als wie die Handwerker, die Privatbeamten oder die Bauern.

Im übrigen würde es in vorurteilsfreien Handwerkerkreisen auch aus rein materiellen Erwägungen nicht verstanden werden, wenn dem Treiben der Berliner gegen die christlichen Gewerkschaften von irgend einer autoritativen Seite Vorschub oder Unterstützung geleistet würde. Wir haben im Handwerk alle Ursache, das Erstarken der christlichen Gewerkschaften herbeizuwünschen und zu fördern, sind sie ja doch der einzige wirksame Schutz gegen die gänzliche Monopolisierung des Arbeitsmarktes durch die sogenannten freien, in Wirklichkeit sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Gegner der christlichen Gewerkschaften sollten sich einmal darüber informieren, wie es kleinen und mittleren Arbeitgebern im Buchdrucker- oder im Kürschnerhandwerk oder hier und da im Tabakgewerbe usw. zu Mute ist, die bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vollständig in die Hände sogenannter freier Arbeiterverbände gegeben sind. Man hat bis jetzt noch nichts davon gehört, daß die Ideen der Berliner sich auf diesem Gebiete irgendwie fruchtbar für die Allgemeinheit bewiesen haben. Und darum begrüßen wir im Handwerk es mit Freuden, daß die Gegner der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch bei ihrem jüngsten Angriff auf Granit gebissen haben."

Die Genossenpresse über den Gewerkschaftsstreit. Der Jubel, der sich anfänglich in der sozialdemokratischen Presse über den „Gewerkschaftsstreit“ kundtat, hat doch mehr und mehr einer ziemlich gebrühten Stimmung Platz gemacht. Wohl bespricht sie den Streit

unter den deutschen Katholiken um die Gewerkschaftsform mit stichtlichem Behagen, aber ihre Hoffnungen und Erwartungen über den baldigen Zusammenbruch der christlichen Gewerkschaften hat sie doch stark einschränken müssen. Die Sozialdemokratie hatte erwartet, daß infolge der päpstlichen Kundgebung die christlichen Gewerkschaften auseinandergerissen würden. Dann wären die Genossen ihre stärksten und erfolgreichsten Widersacher losgewesen. Auf den Trümmern unserer Bewegung hofften sie einen neuen, ungehinderten Siegeszug antreten zu können. Die „Berliner“ Fachabteilungen kommen ja als ernsthafte Gegner der Sozialdemokratie nicht in Betracht. Die sozialdemokratische Presse hat das klar genug zum Ausdruck gebracht. So schrieb der „Frankfurter Volksfreund“ aus Würzburg vom 31. Mai, als gute Katholiken hätten sie sich (die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften) hinter die katholischen Arbeitervereine „Berliner“ Richtung stellen müssen. Das sei konsequent katholisch gehandelt gewesen. „Dort wären sie — das sei offen zugegeben — der Sozialdemokratie weniger unbehaglich gewesen.“ Damit bekennt das sozialdemokratische Blatt, wie unbehaglich seiner Partei die christlichen Gewerkschaften sind und wie sehnlichst man dort den „Berlinern“ einen vollen Erfolg gewünscht hätte. In ähnlichem Sinne schreiben zahlreiche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsblätter.

Um ist's ganz köstlich, zu lesen, wie die Haltung der christlichen Gewerkschaften zu der „Berliner“ Aktion von der sozialdemokratischen Presse gewürdigt wird. Da wird ein regelrechter Bärenanzug aufgeführt; die eine Zeitung behauptet gerade das Gegenteil von der anderen. So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ (5. Juni 1912), die christlichen Gewerkschaften hätten mit ihrer Erklärung den Panosjogang angetreten.

In andern sozialdemokratischen Blättern dagegen wird geschrieben, daß die christlichen Gewerkschaften den Aufruhr gegen Rom predigten. So die „Meinliche Zeitung“, „Vorwärts“ und andere Blätter. Den besten Trumpf aber spielt das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes aus. Der „Korrespondent“ schreibt in Nr. 68 vom 15. Juni unter der Überschrift: Die „Christlichen“ im Kampf gegen den Papst u. a.:

„Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Führer der christlichen Gewerkschaften auf das indirekte Verdammungsurteil des Papstes gegen sie ihre heuchlerische Maske vollständig fallen lassen und beweisen nun durch offene Auflehnung gegen den Willen ihres geistlichen Oberhirten, daß ihre religiöse Gesinnung und ihre Achtung vor kirchlicher Autorität purer Schwindel waren. Für sie gilt der bekannte Spruch der Maxime: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut.“ auch hinsichtlich des Papstes. Vor wenigen Monaten beschimpften sie alle als Lügner und Verleumder, die auf den drohenden Bannstrahl von Rom aus hinwiesen, und heute, da der Bannstrahl eine konkrete Tatsache geworden ist, jetzt genieren sich dieselben Leute nicht, ihre Mitglieder und Nachläufer um Vertrauen für sich, die christlichen Gewerkschaftsführer, anzustammeln und in demselben Atemzuge die päpstliche Kundgebung zu mißachten mit der Parole: „Gib in die christlichen Gewerkschaften!“ Eine solche Prinzipien- und Disziplinlosigkeit haben noch nicht einmal die Selben gezeigt.“ Die mit den katholischen Arbeitervereinen Berliner Richtung sympathisierende „Kölnische Korrespondenz“ schreibt: „Wenn ein Katholik eine katholische Idee ausdrückt, die den Köln-Glabbacher nicht in den Kram paßt, dann hauen sie ihn nieder. Dem Papste gegenüber können sie ein gleiches nicht wagen. Da begnügen sie sich, ihr Bedauern hier auszusprechen. Diese kleinen Männchen! Julius Bachem bedauert päpstliche Engherzigkeit, die badische Zentrumskolonie bedauert das jüngste Motuproprio, die „Köln-Glabbacher“ bedauern, daß der Papst von den deutschen Verhältnissen nichts versteht und deshalb die häretische „christliche Weltanschauung“ der sogenannten christlichen Gewerkschaften verurteilt. Pius X. muß überhaupt in den Augen jener kleinen Herren ein sehr bedauerlicher Mann sein. Einige katholische Blätter nehmen noch deutlicher Stellung gegen den Papst. Die „Süddeutsche Zeitung“ (Nr. 125 vom 30. Mai) gibt einem „Gefühle lebhafter Enttäuschung“ Ausdruck, und ihr drängen sich angedrückt der päpstlichen Kundgebungen „bittere Gedanken“ auf. Die Gewerkschaftsblätter erklären rundweg, daß ihnen die päpstlichen Verlautbarungen Lust sind, daß sie sich nicht daran stören wollen. Katholischer Augustinusverein, was sagst du zu solchen Verhöhnungen des Papstes? Der Herrsche, er lautet zu den Führer Bachems und wartet ängstlich auf die Parole, die sein Gebieter ihm geben wird.“ Vorstehendes schreiben wohlgerichtet nicht wir, sondern die durch und durch römisch-katholische „Kölnische Korrespondenz“. Neuerdings wird nun noch bekannt, daß sogar der deutsche Reichszentraler den von Rom bedrängten christlichen Gewerkschaften Beisprungen sei und in der Befürchtung, die besten gegenwärtigen deutschen Schutztruppen des Unternehmertums und seiner Kinderheitspolitik könnten ihm verloren gehen, sogar mit Abberufung des preussischen Gesandten vom Vatikan gedroht habe. Sei dem, wie ihm wolle, so viel bleibt für jeden wirklichen Katholiken, der sein Christentum nicht nur in der Posentafache trägt, bestehen, daß der Papst vom römisch-katholischen Standpunkt aus unbedingt im Recht ist und die interkonfessionelle Wurstelei der deutschen christlichen Gewerkschaften als einen schweren Verstoß gegen eines der wichtigsten Grundprinzipien seiner Kirche verurteilen muß. Gehet von diesem Standpunkt ab, so ehnet er den „Rehern“ den Weg und trägt dazu bei, daß das Vertrauen überzeugter Katholiken auf seine Autorität in Glaubenssachen einen unheilbaren Stoß erleidet. Wir stehen dieser Frage durchaus kühl gegenüber; nur wollen wir mit dieser Darlegung feststellen, daß die heuchlerische Zweifelseletheorie der deutschen christlichen Gewerkschaften allein die Schuld an diesen Zerwürfnissen auf religiösem Gebiete trägt, wie sie auch auf wirtschaftlichem Gebiete nur Unklarheit und Verrat an Arbeiterinteressen gezeitigt hat.

Da ist den „Berlinern“ wirklich der richtige Freund erstanden. Der sozialdemokratische Buchdruckerkorrespondent stellt sich in der Rolle als treuer Katholik vor, er ist wirklich päpstlicher als der Papst. Er springt den „Berlinern“ in der „Wahrung“ der kirchlichen Autorität

bei. Das ist zu lächerlich, als daß man es ernst nehmen könnte. Es zeigt uns aber deutlich, in welchem Sinne sich die Wünsche der „freien“ Gewerkschaften bewegen. Möchten doch die christlichen Gewerkschaften „kaput“ gehen, dann haben sie freie Bahn. Ueber die „Berliner“ Fachabteilungen stolpern sie nicht.

Mit einer dreifachen Verlogenheit wird in der sozialdemokratischen Düsselborfer „Volkszeitung“ über den „Gewerkschaftsstreit“ geschrieben. Ein Mensch aus M.-Glabbach, der mehr Phantasie als Verstand und Wahrhaftigkeitsempfinden zu besitzen scheint, schreibt in der Nummer vom 17. Juni cr. u. a.:

„Nicht zum ersten Male seit ihrem Bestehen sind jetzt die christlichen Gewerkschaften in einem Falle ehrlich: sie geben unumwunden zu, daß sie völlig abhängig sind von der Priesterschaft und dem Zentrum, das also ihr bisheriges Gebilde von der Neutralität der Interkonfessionellen eitel Schaum ist. Diese Tatsache war für uns zwar kein Geheimnis, aber dieses Selbstgeständnis macht sie noch wertvoller. General Stegerwald erklärte vor kurzem in Köln: „Wenn wollen wir den Kampf ein Ende machen, wir reichen den katholischen Fachabteilungen mit Freuden die Bruderhand!“... Ueber die Berliner nahmen die „freudig“ dargereichte „Bruderhand“ nicht an und operierten weiter gegen ihre Glaubensbrüder, bis zum jetzigen Zusammenstoß. Wie verlautet, ist bereits eine Deputation, bestehend aus einem höheren Geistlichen, einem Zentrumsführer und einigen Vorstandsmitgliedern der Interkonfessionellen, auf dem Wege nach Rom, um den Heiligen Vater „richtig“ zu informieren, daß die christlichen Gewerkschaften unbedingt nötig seien für Kirche und Zentrum, sie hätten sich auch bereits in dieser Hinsicht unermeßliche Verdienste erworben; auch sie seien mit ihrem Lohne und Lohse zufrieden... Der Hauptvorwurf gegen die christlichen Gewerkschaften besteht darin, daß dieselben auch Protestanten als Mitglieder haben und durch die Keher in ihrem Glauben gefährdet würden. Diesen „Uebelstand“ wird „man“ doch leicht beheben können durch Hinauswurf der „Aungläubigen“; hat doch schon früher einmal ein führender Christ behauptet: „Die Protestanten laufen uns ja immerwährend nach“.

Der traurige Tropf, der diesen Unsinn geschrieben hat, scheint nicht zu wissen, daß er sich mit seinen Dagegen nur der Lächerlichkeit und Verachtung preisgibt. Daß die Düsselborfer „Volkszeitung“ dafür ihre Spalten öffnet, ist auch kein Zeichen großer Gewissenhaftigkeit.

1. Es ist nicht wahr, daß Kollege Stegerwald in Köln gesagt hat: „Wir reichen den katholischen Fachabteilungen mit Freuden die Bruderhand“.
2. Es ist nicht wahr, daß einige Vorstandsmitglieder der Interkonfessionellen auf dem Wege nach Rom sind, um den Heiligen Vater richtig zu informieren“.
3. Es ist nicht wahr, daß ein „führender Christ behauptet hat, die Protestanten laufen uns ja immerwährend nach“.

Eines weiteren Kommentars bedarf der verlogene Quatsch des M.-Glabbacher Konfusionsrats nicht. Wir kennen den Dreck zu gut.

Wer sind die Unheilstifter. In Nr. 24 der „Tagelaborer-Zeitung“ hatten wir in dem Leitartikel zum Gewerkschaftsstreit u. a. geschrieben, daß wir die Kundgebungen der römischen Kurie tief bedauerten, weil sie nur Unheil stiften könnten. Das beweise der überschäumende Jubel, womit die sozialdemokratische und ein Teil der religionslosen bürgerlichen Presse die Dinge aufgenommen habe.

Der Berliner „Arbeiter“ greift diesen Satz aus unserem 5/2 Spalten fassenden Artikel heraus und knüpft daran folgende Bemerkung:

„In dieser Weise stellt ein christliches Gewerkschaftsblatt den Heiligen Vater als Unheilstifter hin, der die Sache des Christentums in Deutschland schädigt und der Sozialdemokratie sowie dem kirchenfeindlichen, freimaurerischen Liberalismus Vorschub leistet.“

Man merkt die Absicht dieser Deutung unserer Ausführungen zu deutlich heraus. Das Verdächtige ist ja zu einer Wesenseigenschaft der „Berliner“ geworden. Wir wollen zu der Sache nur feststellen: Wenn dem „Arbeiter“ nicht zur Erkenntnis gekommen ist, wie sehr durch die Kundgebungen die Sache des Christentums geschadet und der „Sozialdemokratie und dem freimaurerischen Liberalismus Vorschub“ geleistet worden ist, dann ist das sehr traurig. Bei andern Leuten besteht in der Hinsicht nicht der geringste Zweifel. Wer sind aber allein die Unheilstifter?

Jene traurigen Menschen, die infolge einer maßlosen Verdächtigung unserer Bewegung Unlafz zu dem neuesten Streit gegeben haben. Sie allein tragen die volle Verantwortung für all das Unheil, das in den letzten Wochen in Deutschland angerichtet wurde.

Das wollen wir gegenüber den Deutungen des „Arbeiters“ nur feststellen. Daß er Notiz davon nimmt, nehmen wir nicht einmal an. Uns mit dem Blatte in eine Polemik einzulassen, dazu haben uns seine Manieren gründlich die Lust verdröben.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hält seine 7. ordentliche Generalversammlung vom 15. bis 18. Juli in Dortmund ab. Der Verbandstag wird neben dem Bericht des Vorstandes und dem geschäftlichen Teil noch zu folgenden wichtigen Punkten Stellung nehmen: „Deutschlands Zoll- und Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“. Referenten hierzu sind: Herr Dr. Deutsch-M.-Glabbach und Herr Handelskammersekretär Dr. Vohlgangen. Ueber die Bundesratsverordnung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie wird Kollege Reichstagsabgeordneter Giesberts ein Referat erstatten.

Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands hat in der Berichtszeit 1910/11 eine Mitgliederzunahme von

rund 19300 zu verzeichnen, das Verbandsvermögen stieg um 255 000 Mark, den Mitgliedern wurden 866 000 Mark an Unterstühtungen ausgezahlt.

Mit 44 000 Mitgliedern und 1 200 000 Mark Vermögen nimmt der christliche Metallarbeiterverband eine achtunggebende Stellung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands ein.

Aus unserer Industrie.

Einsturz eines Fabrikgebäudes.

Ein schreckliches Unglück wird aus Bühl (Ober-Elsass) gemeldet. Dortselbst stürzte ein der Firma Rogelet (Spinn- und Weberei) gehöriges Fabrikgebäude, in dem die Stückkontrolle untergebracht war, ein. In dem Gebäude waren zirka 50-60 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Von diesen wurden vier getötet und siebzehn verletzt, davon zwei schwer. Die Verletzten wurden teils in das Bürgerspital von Gebweiler, teils in jenes von Mühlhausen gebracht. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht bekannt. Das Unglück interessiert uns umso mehr, als wir in Bühl eine starke Ortsgruppe haben, deren Mitglieder zum größten Teil bei der Firma Rogelet beschäftigt sind. Soweit wir feststellen konnten, befindet sich indes bei den Getöteten kein Mitglied unseres Verbandes. Den von dem Unglück so schwer betroffenen Familien der Verletzten und vor allem der Getöteten unser herzlichstes Beileid.

Die Geschäftslage in der münsterländischen Textilindustrie.

Dazu wird aus Rheine unterm 16. Juni geschrieben: „Die Preise für Baumwollfabrikate sind, abgesehen von vereinzelt gemeldeten Aufschlägen, im wesentlichen noch geblieben, während solche für das Rohprodukt auch weiterhin noch oben neigen. Die zuletzt schon erwähnte große Ruhe auf fast allen Gebieten hielt, wie dieses kaum anders zu erwarten war, ununterbrochen an und wird auch im Geschäft ein lebhafter Zug wohl nicht früher wieder einlegen, als bis über die Entwicklung der amerikanischen Baumwollenernte einigermaßen zuverlässigere Anhaltspunkte als bisher vorliegen.“

Weber kaufen, sofern sie nicht unter Kontrakt sind, einweisen nur von der Hand zum Mund, und im Rohwaren-Geschäft scheint ein vollständiger Stillstand eingetreten zu sein. Die Großkonumenten stehen jedem Angebot interessenlos gegenüber und Neuabschlüsse waren nicht zu verzeichnen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß anschließend an die bestehenden Kontrakte sowie für viertes und erstes Quartal noch große Quantitäten gekauft werden müssen. Der augenblickliche, durch die unsichere Marktlage hervorgerufene Stillstand kann daher nur vorübergehend sein, und es ist zu erwarten, daß, sobald der geeignete Augenblick für vorhanden gehalten wird, wie auf ein gegebenes Zeichen die meisten Konumenten im Marke sein und, geschlossen aus ihrer Reserve hervortretend, zu namhaften Eindrücken übergehen werden und müssen, ganz gleichgültig, wie sich die Verhältnisse bis dahin weiter entwickelt haben.

Vorerst sind aber die in Betracht kommenden großen Werke noch volllauf mit Arbeit versehen, und es liegt durchaus keine Veranlassung vor, für die nächste Zukunft in dieser Beziehung Besürchungen aufkommen zu lassen. Bei den Wuntwebereien liegen die Verhältnisse augenblicklich ähnlich. Der erste Bedarf für den Herbst ist zum größten Teil gedeckt, und bis sich die Lage geklärt hat, hält man auch hier mit weiteren Eindrücken zurück, und nur in den unbedingt fehlenden Sachen werden Käufe unbedeutender Natur getätigt. Die meisten einschlägigen Firmen sind aber ebenfalls für die nächste Zukunft mit Aufträgen gut versehen und können die Weiterentwicklung des Geschäftes vorerst noch in Ruhe abwarten.

In weiteren und engeren Bezirk sind einzelne Etablissemens sogar für längere Zeit hinaus ungenügend beschäftigt und sollen z. B. einige Hofzeugfabrikanten sowohl wie deren Anstrüher ihren Lieferungsverpflichtungen nur beschränkt und unter erschwerten Umständen nachzukommen in der Lage sein. Auch die meisten Bettbarrenfabrikanten sind durchweg gut beschäftigt und verfügen, wie es heißt, auf dem noch über einen guten Bestand von Aufträgen für die spätere Lieferung. Im Fauchartitel liegen im allgemeinen einwärtigen ebenfalls noch hinreichende Bestellungen vor, jedoch dürfen hierin an manchen Stellen weitere Bestände notwendig sein, wenn nicht mehr als die verlaufenden Mengen produziert werden soll. Am Flachsmarkt war der Verkehr, wie regelmäßig um die heutige Jahreszeit, leistung ungenügend. Die in den verschiedenen Sorten noch vorhandenen geringen Mengen werden, um dafür trotz der schon hohen Notierungen später noch bessere Preise zu erzielen, zurückgehalten, und die Umsätze verringern sich so von Tag zu Tag. Die Seinen-, Halbleinen- und Gebildwebereien sind andauernd recht gut beschäftigt, und da sie aus diesem Grunde bei den Spinnereien fast abruhen, läßt auch das Spinngeschäft kaum noch zu wünschen übrig. Auch die Jute- und Leinwandwebereien haben, da sie anspruchlos gut beschäftigt sind, keinen Anlaß, über die Geschäftslage Klage zu führen. Im übrigen lassen die im ganzen Bezirk in der Entstehung begriffenen verschiedenen Bezugsverträgen und Neuanlagen erkennen, wie sehr man allenthalben bestrebt ist, die Textilindustrie im Münsterlande immer weiter auszubauen und ihr den alten Ruf zu erhalten.

Zur Lage im M.-Gladbacher Textilindustriebezirk

erhalten die „Leipziger Neueste Nachrichten“ von einem sachmännlichen Mitarbeiter aus M.-Glabach folgende Zuschrift, die sich auf die Verhältnisse bis Mitte Juni bezieht.

Die Lage der Baumwollwaren-Industrie ist im ganzen genommen zufriedenstellend, nur die Preise lassen bei verschiedenen Branchen zu wünschen übrig. In den

Weißwebereien

für rohe, gefärbte, gebleichte und bedruckte Biber- und Palmuchartikel sind jetzt meistens die Umschlüsse für den Herbst vorgekommen worden und die Betriebe verfügen jetzt über einen ansehnlichen Auftragsbestand. Es herrscht daher fast überall rege Tätigkeit, welche sich auch voraussichtlich bis zum Herbst fortsetzen wird. Sehr zufriedenstellend hat sich das Exportgeschäft entwickelt. Die letzten Wochen haben wieder größere Aufträge aus Chile und Argentinien gebracht.

In den

Buntwebereien

für baumwollene Schlafdecken, Betttücher, Hemdenflanelle, Fanchs und Rockflanelle liegt das Geschäft ähnlich wie in der Weißweberei. Die Betriebe sind alle gut mit Bestellungen versehen, besonders reichlich sind die Aufträge in Schlafdecken und Fanchs-Flanellen eingegangen. Augenblicklich ist zwar der Versand ruhig, da die Effektivierung der Herbstordres erst gegen Ende Juni beginnt, dagegen haben die Betriebe, welche hauptsächlich für den Export eingerichtet sind, schon jetzt flotten Versand.

In den Webereien, welche

baumwollene Hofzeuge

fabrizieren, sind seit dem letzten Bericht Änderungen von Belang nicht zu verzeichnen. Infolge der jetzt eingetretenen wärmeren Witterung laufen in den Sommerstoffen schon Nachbestellungen ein, was für manche Betriebe bei Anhalten des warmen Wetters noch bis Juni gute Beschäftigung bringt. Die Sommerzeit geht langsam zu Ende, und es muß abgewartet werden, wie sich das Herbstgeschäft entwickelt. Für den Export sind ziemlich umfangreiche Aufträge in letzter Zeit eingegangen. Der Verlauf des Geschäftes ist durchaus günstig und die Produktion geht ohne Schwierigkeiten in den Konsum über. Größere Umschlüsse kommen jetzt aber weniger zustande, da die Fabrikanten ihre Preise wesentlich erhöht haben, außerdem die Hauptzeitung mit Juni zu Ende geht. Einzelne Qualitäten gehen aber das ganze Jahr, so daß der Artikel nicht mehr wie früher ein ausgesprochener Saisonartikel ist.

In den

Niesselwebereien

hat sich zwar infolge der eingetretenen wärmeren Witterung eine stärkere Kaufstätigkeit in allen feineren Baumwollfabriken erwirken können; im großen und ganzen ist die Kaufstätigkeit aber für größere Unternehmungen noch nicht zu haben. Die anhaltend hohen Rohstoffpreise und die Ungewißheit, wie sich die Preise in den nächsten Monaten gestalten werden, lassen ein lebhaftes Geschäft nicht aufkommen. Der Abruf auf ältere Kontrakte ist zurzeit aber sehr rege, und die Webereien sind, da auch der Auftragsbestand noch einige Monate reicht, noch zufriedenstellend beschäftigt.

In den

Woll-, Kammgarn- und Cheviotwebereien

ist die Beschäftigung infolge des lebhafteren Exportgeschäftes zufriedenstellend, einzelne Firmen lassen sogar im Lohn weben, um die eingegangenen Aufträge zeitig fertigstellen zu können. Das Inlandsgeschäft liegt aber ruhiger. Die dafür eingehenden Bestellungen sind meistens zur Deckung des nächsten Bedarfs bestimmt; zu größeren Ordres scheint sich die Kaufstätigkeit noch nicht entschließen zu können.

Für die

Zeugdruckereien und Färbereien

der baumwollenen Gewebe haben die verflochtenen fünf Wochen wesentliche Verschiebungen nicht gebracht. Die Einkieferungen dauern zwar fort und zeigen auch infolge des Herankommens der Saison erhebliche Zunahme, doch kann von einem flotten Geschäft noch keineswegs die Rede sein. Es gewinnt den Anschein, als hielten die Weißwebereien, welche jetzt doch gut beschäftigt sind, mit den Druckaufträgen für die vorhandenen Aufträge noch zurück. Wenn nun auch letztere fast durchgängig erst in späteren Monaten ausgeführt werden, so dürfte es doch sowohl im Interesse der Webereien wie auch der Ausstattungsanstalten sein, mit der Zuteilung nicht länger mehr zu warten.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenverwaltungen!

Die Ortsgruppenverwaltungen werden dringend gebeten, die

Abrechnung pro II. Quartal 1912 baldmöglichst zu erledigen, bezw. der Geschäftsstelle des Verbandes in Düsseldorf einzusenden. Spätestens am 20. Juli cr. müssen sämtliche Abrechnungen eingegangen sein.

Die präzisere Einhaltung dieses Termins ist absolut notwendig, da das gesamte Material noch für den Geschäftsbericht für die Generalversammlung bearbeitet werden muß.

Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, jetzt schon ihre Zeiträumeleute zu ernennen, die Schlussabrechnung für das II. Quartal möglichst früh zu machen.

Diejenigen Ortsgruppen, welche mit dem III. Quartal Totalbeiträge neu einführen und zu diesem Zwecke neue Marken erhalten haben, müssen die erübrigten alten Marken zugleich mit der Abrechnung einsenden.

Düsseldorf, 16. Juni 1912.

Die Geschäftsstelle.

C. M. Schiffer,
Verbandsvorsitzender.

H. Schaffrath,
Zentralkassierer.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Kollegen in den einzelnen Zahlstellen darauf aufmerksam, daß am 29. Juni (Peter und Paul) das zweite Quartal 1912 zu Ende geht. Die Quartalsberichtsarten (gelb) müssen spätestens vier Tage nach Schluß des Quartals, also spätestens am 3. Juli, an die Zentrale eingefandt werden. Wir bitten die Arbeitslosen-Berichterhalter dringend, sich an diesen Termin zu halten und die Berichtsarten bis zum 3. Juli einzusenden.

Der Arbeitslosentag für den Monat Juni ist Freitag, den 28. Juni, in den Orten, wo der 29. Juni (Peter und Paul) ein Feiertag ist, in allen anderen Orten am Samstag, den 29. Juni. Wir bitten dies bei der Zählung zu beachten.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentrale.

Sammeldelder betr.

Die Ortsgruppenvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die für die ausgesperrten Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes gesammelten Gelder mit den Sammellisten umgehend an die Zentrale einzusenden sind.

Die Sammlungen können eingestellt werden, da der Kampf mit einem Erfolge der Arbeiter beendet worden ist.

Berichtigung zum Wahlreglement

für die Wahlen zur Verbandsgeneralversammlung.

Der § 4 des Reglements muß lauten:

§ 4.

Spätestens bis Dienstag, den 16. Juli cr. sind sämtliche Kandidaten (Vor- und Zuname, Wohnort, Straße und Hausnummer) der Zentralkasse in Düsseldorf mitzuteilen, ebenso auch die Vorschläge der einzelnen Ortsgruppen für die Kandidatenliste, falls eine Einigung über gemeinsame Kandidaten nicht erzielt worden ist. Deutlich muß bei allen diesen Vorschlägen angegeben werden, wer als Delegierter und wer als Ersatzmann vorgeschlagen wird. Vorschläge, die erst nach dem 16. Juli eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Auf nach Eberfeld! So wird in wenigen Wochen die Lösung lauten für alle diejenigen, die zur Generalversammlung des christlichen Textilarbeiter-Verbandes delegiert werden. Gestreut habe ich mich, als ich hörte, daß der Zentralvorstand beschlossen habe, in diesem Jahre im „roten Wuppertale“ zu tagen. Nicht allein darum freute ich mich, weil ich selbst Wuppertaler bin, sondern auch, und das vornehmlich, weil ich schon im Geiste eine mächtige Kundgebung für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung im allgemeinen und für unseren christlichen Textilarbeiter-Verband im besonderen erblickte.

Unsere diesjährige Generalversammlung soll nun vor allem dem inneren Ausbau gewidmet sein. Und hierzu ist es wirklich an der Zeit. Wenn ich nun auch den Wert der Mitgliederzahl durchaus nicht verkenne, so halte ich es doch für unbedingt notwendig, die Mitglieder qualitativ zu betrachten, d. h. sie zu wirklichen Gewerkschaftern zu erziehen. Wie häufig muß man es hören, besonders der, der nicht dem Vorstände angehört, daß so viele nur aus materiellen Gründen der Gewerkschaft beigetreten sind. Die Agitatoren unseres Verbandes sollten möglichst wenig von den Unterstühtungen reden und das Hauptgewicht auf die Ideale legen. Immer und immer wieder sollte man sagen, daß wir als Männer der christlichen Weltanschauung, ohne Rücksicht auf die Konfession, zusammengehören zur Verteidigung unserer Ideale. Nur eine mächtige, christlich-nationale Arbeiterbewegung ist imstande, in Wirklichkeit und dauernd die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Man sage nicht, bei der fortschreitenden Radikalisierung der Massen durch die Sozialdemokratie sei es schwer, die Arbeiterenschaft für unsere Ideen zu gewinnen. Die christlich und national gesinnte Arbeiterenschaft hat noch Ideale und verlangt danach. Suchen wir sie für unsere Ideale zu gewinnen. Ganz besonders die Jugend. Nach Unterstühtungen fragt die Jugend weniger. Ideale will sie haben. Wenn wir die Jugend für unsere Ideale begeistern können, dann haben wir in Zukunft wirkliche, ganze Gewerkschafter. Haben unsere Mitglieder die idealen Werte unserer Organisation erfasst, dann können wir vielleicht auf einer der nächsten Generalversammlungen einen Antrag annehmen, der dahin geht: für dieses Jahr zahlen wir einmal keine Krankenunterstützung, um unsere Kriegskasse außergewöhnlich zu stärken.

Ich sehe schon auf manchem Gesicht ein mitleidiges Lächeln. Aber wäre das wirklich unmöglich? Es handelt sich um die Summe von zirka 75 000 Mark, um die wir unsere Rasse stärken können. Mit manchem Kollegen habe ich schon darüber gesprochen und stets Verständnis gefunden. Ehe unsere Mitglieder in ihrer Gesamtheit für eine so große Last zu haben sind, wird wohl noch mancher Tropfen Regen fallen; aber möglich ist es doch, wenn wir es verstehen, unsere Kolleginnen und Kollegen zu dem nötigen Idealismus zu erziehen.

Doch zurück zur Gegenwart, zur diesjährigen Generalversammlung! Es wird u. a. über die pflichtgemäße Einführung eines Lokalbeitrages verhandelt werden. Hoffentlich hat der größte Teil der Ortsgruppen ihn bereits eingeführt. Darüber hier noch etwas zu sagen, ist wohl überflüssig, weil schon so viel davon gesagt und geschrieben wurde, daß jeder Gewerkschaftler von der Notwendigkeit einer allgemeinen Einführung des Lokalbeitrages durchdrungen sein muß. Ein wichtiger Punkt ist dann die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung. Ob die Nachener Generalversammlung keinen Fehler begangen hat, insofern, als sie die Arbeitslosenunterstützung gleich so weit ausdehnte? Ich meine, wenn eine neue Unterstützung eingeführt werden soll, dann sollte man doch möglichst klein anfangen, damit man später bei einer etwaigen Beitragserhöhung die Unterstützung weiter ausbauen kann. Das jetzige System der Arbeitslosenunterstützung hat übrigens so viel Mängel und Ungerechtigkeiten, daß es unbedingt geändert werden muß. Das wie? ist allerdings nicht so einfach. Ich möchte auf meinen Vorschlag, den ich bereits vor vier Jahren an dieser Stelle machte, zurückkommen: Arbeitslosenunterstützung erhält derjenige, der ohne eigene Schuld nicht mehr im Arbeitsverhältnis steht, und zwar vom dritten Tage ab. Ist er mindestens zwei Wochen arbeitslos, erhält er die Unterstützung vom ersten Tage ab nachbezahlt. Die Mitglieder, die nicht mehr im Arbeitsverhältnis stehen, haben eine Unterstützung jedenfalls am nötigsten. Dann fallen auch die Ungerechtigkeiten fort, die z. B. dadurch entstehen, daß ein Arbeiter, der bei schlechtem Geschäftsgange auf die Hälfte der Stühle, die er sonst bedient, die ganze Woche arbeiten muß und keine Unterstützung erhält, und einen zweiten Arbeiter, der tagsüber voll beschäftigt ist und nur einen Tag feiern muß, aber doch noch mehr verdient als der erste Arbeiter, nach dem jetzigen Statut Unterstützung ausbezahlt wird.

Unsere Generalversammlung befaßt sich dann auch mit der Frage des Arbeiterschutzes in der Textilindustrie. Es ist leider eine beklagenswerte Tatsache, daß das Gros der Arbeiter nicht weiß, von welcher Bedeutung die Arbeiterschutzesetze für die Arbeiterschaft sind. Hier tut Aufklärung not, damit der Arbeiter weiß, welche Vorschriften erlassen sind, um Leben und Gesundheit zu schützen und daß er imstande ist, die Rechte, die er hat, geltend machen zu können.

Den Schluß der Generalversammlung soll dann ein Vortrag bilden über das Thema: „Stellung der deutschen Textilindustrie in der Wirtschafts- und Handelspolitik.“ Ein Thema von großer Bedeutung, umso mehr, weil die Sozialdemokratie und die „freien“ Gewerkschaften grundsätzlich eine andere Stellung zur Wirtschafts- und Handelspolitik einnehmen, als die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

Alles in allem, wichtige und bedeutungsvolle Aufgaben hat sich die Oberfelder Generalversammlung gestellt. Mögen sie gelöst werden zum Heile für unsere Organisation. Dann haben wir wieder einen Schritt weiter dahin getan, den hehren Gedanken in die Tat umzusetzen, der uns alle befeelt: Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung!

Richard Kaiser, Beyenburg.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Augsburg.

Zur Lohnbewegung der Textilarbeiter. Von einem Meister einer Augsburger Textilfabrik wird der Schwäbischen Volkszeitung in Augsburg folgendes geschrieben:

„Die hiesigen Textilarbeiter sind in eine Lohnbewegung getreten und erfreulicherweise mit einer Einmütigkeit, die allein den Erfolg verbürgt. Wohl keine Kategorie von Arbeitern bedarf dringender einer Regelung der rückständigen Arbeitsverhältnisse wie die Textilarbeiter in Augsburg. Wohl ist die Textilindustrie in Augsburg vorwärts geschritten und steht in Bezug auf moderne Entwicklung mit an der Spitze, die Arbeiterschaft ist dabei leer ausgegangen, ja die Arbeitsverhältnisse haben sich eher verschlechtert.

Das zu beurteilen ist am besten in der Lage der Meister, der Zwischenmann zwischen Betriebsleitung und Arbeiter, der den Puffer darstellen muß. Wer von den Meistern die Entwicklung in der Textilindustrie in Augsburg in den letzten Jahren mit offenen Augen verfolgt hat, der wird überzeugt sein, daß ein Erfolg der kämpfenden Textilarbeiter nur zum Vorteil der Textilarbeiter mit ausfallen kann, denn auch sie sind keineswegs zu beneiden, wenn dies auch leider ein großer Teil von Berufsgenossen nicht einsehen will und an dem billigen Titel „Meister“ zehren zu müssen glaubt.

Wie gar oft muß der Meister sehen, wie sich die ihm unterstellten Arbeiter von morgens bis abends abmühen, ohne es auch nur zu einem einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu bringen. So kommt es in einer hiesigen großen Textilfabrik vor, daß auf breiten Zweimeter-Stühlen schmalere Ware mit 1.80 und 1.76 Meter Breite hergestellt wird, es wird dafür aber — trotz erheblicher Mehrleistung an Arbeit — nicht mehr bezahlt als auf schmalen Stühlen. Auch ist bekannt, daß schlechtestes Material auf schmalen Stühlen besser läuft als auf breiten Stühlen, ein Unterschied wird aber in dieser Hinsicht in den wenigsten Fällen gemacht, und so müssen sich die Leute umsonst plagen, riskieren aber Abzüge über Abzüge. Verdient aber der Arbeiter nichts, so hat auch der Meister den Schaden und unverantwortlich, glaubt mancher Meister dies durch fortwährende Antreiberei hantanhaltend zu können. Gar viel Schuld liegt auch daran, daß die Ware nicht wie früher mit der gleichen Sorgfalt geschlichtet wird.

In jeder Fabrik gibt es einige sog. Renommierweber. Diese erhalten gutes Material, gute Stühle und fast ständig eine Hilfskraft in Gestalt eines Untermeisters, und so ist es begreiflich, daß sie auf einen etwas höheren Lohn kommen. Diese werden dann bei jeder Gelegenheit

als nachahmenswerte Beispiele hingestellt, obwohl jeder weiß, daß bei den anderen Webern jede Voraussehung fehlt, den gleichen Verdienst zu erzielen.

Kein Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen allgemeine Unzufriedenheit herrscht, nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch unter den Meistern. Der starke Wechsel in gar manchen Fabriken zeigt dies deutlich. Ist doch auch die Behandlung durch die höheren Vorgesetzten oft unter aller Kritik. So beliebt ein Obermeister, seinem Vorwerkmeister einfach zu pfeifen, wie man einem Schäferhund pfeift, wenn er etwas von ihm wollte. Der Vorwerkmeister hat denn auch auf die Pfeifstöße des betreffenden Etabliements verzichtet, er war indessen nicht der einzige.

Gar manche Uebelstände könnten abgestellt werden, wenn mehr Frühling vorhanden wäre zwischen Betriebsleitung und Meister. Statt der anbefohlenen Antreiberei würde eine gelegentliche Aussprache über die notwendigsten geschäftlichen Dinge vor manchem Schaden schützen. Aber das will man nicht. Die Klasse der Meister ist nur dazu da, um Aufsichtspersonal zu schaffen und um anzutreiben, obwohl dies sehr unnötig ist, dies besorgen in der Regel noch extra die Obermeister, die dadurch ihrer Machtbefugnis Ausdruck verleihen.

Kurz gesagt: Die Textilarbeiter haben alle Ursache, die Bewegung der Textilarbeiter zu fördern, anstatt sie zu hindern. Auch sie haben den Vorteil davon, denn auch die Lage der Textilarbeiter ist eine sehr prekäre. Auch sie sind Proletariat mit teilweise miserablen Einkommen, und es ist falscher Kassengeist, wenn mancher glaubt, sich absondern zu müssen, weil er „etwas Besseres“ ist. Wie die „gehobene Stellung“ aussieht, das zeigen die zahlreichen, mit einigen Märklein Fabrikationen noch dahinvegetierenden Arbeiterunruhen und gerade in Augsburg wohlthätige Anstalten und Stiftungen bevölkern. Und wohl denen, die noch für ihre letzten Tage ein solches Unterkommen gefunden. Deshalb, mit den Arbeitern für Besserstellung!

Blaidach (Allgäu).

Der Kampf beendet. Der Streit in der Blaidacher Baumwollspinn- und Weberei ist in der vergangenen Woche mit einem Erfolge der Arbeiter zu Ende gegangen. Wir werden in der nächsten Nummer dieser Zeitung ausführlicher darüber berichten.

Wehr (Baden).

Die Lohnbewegung in der Buntweberei. Im März dieses Jahres reichten die Weber der Buntweberei Lohnforderungen ein. Die Arbeiter der Betriebe in Brennet und Schönenbuch gingen in der gleichen Weise vor, da auch sie eine Erhöhung der Löhne als notwendig erachteten und bei der gleichen Firma in Arbeit stehen. Wohl hegte man allgemein den Wunsch, daß die Firma den mäßigen Forderungen der Arbeiter Rechnung trage. Leider traf dies nur teilweise zu. Die Aufbesserung der Löhne machte auf dem damit bedachten Artikel durchschnittlich etwa 5% aus und wurde erst nach mehrmaligen schwierigen Unterhandlungen erreicht. Die Firma wollte zuerst neben der Aufbesserung einiger Positionen insofern noch eine Regelung der Löhne vornehmen, indem sie an einzelnen Artikeln Abzüge machte, die als Ausgleich für die Bezahlung anderer Artikel gelten sollten, denen die Abzüge beigelegt wurden. Einstimmig lehnten die Arbeiter ein derartiges Ansinnen ab. Hierauf nahm die Firma Abstand von dem letztgenannten Vorhaben und ließ weitere Aufbesserungen erfolgen. Die Arbeiter erklärten sich nun mit diesen Zugeständnissen einverstanden, wünschten aber, daß die wenig oder gar nicht bedachten Artikel noch eine Erhöhung finden sollten. Um dies zu erreichen, ging eine Deputation, bestehend aus den Kollegen Kümmele und Kiefer und zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses nach Stuttgart, wo die Firma ihr Hauptbureau hat, und erreichten dort auch noch einige Zugeständnisse. Hierauf wurde in einer Versammlung die Bewegung abgebrochen.

Allgemein ist man der Ansicht, die Firma hätte in dieser Sache noch etwas mehr tun können. Den Arbeitern tut in der jetzigen teuren Zeit eine Verbesserung ihrer Lage not, während die Firma auch bei größeren Zugeständnissen noch auskommen wäre. Namentlich hätte man den Artikel Flanell noch etwas aufbessern dürfen. Andererseits sei auch nicht außer acht gelassen, daß die Schmutzkonzurrenz unter den Fabrikanten selbst sehr groß ist und bestimmt der Industrie zu großem Schaden ist. Diese zu beseitigen, muß jedoch eine Aufgabe der Unternehmerorganisation sein. Die Textilarbeiter unseres ganzen Industriegebietes können aber auch auf diesem Gebiete sehr viel tun, indem sie sich besser wie bisher ihrer Organisation, dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter, anschließen. Die oben angeführten Erfolge sind nicht gering, aber manches könnte mehr geschehen, wenn die Arbeiterschaft sich ihrer Aufgabe mehr bewusst sein würde.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Schwabe. Unsere letzte Versammlung zeigte, daß unsere Mitglieder doch noch auf Posten sind, wenn sie zusammengerufen werden. Wahrscheinlich war die Maßnahme in unserer Zeitung doch verschiedenen Mitgliedern zu Herzen gegangen. Auch mag wohl die Anwesenheit unseres Kollegen Lenjing zu dem guten Versammlungsbefuche beigetragen haben. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung durch eine kurze Ansprache eröffnet und auf den Zweck der Versammlung hingewiesen hatte, ergriff Kollege Lenjing das Wort. In klaren, allen Anwesenden verständlichen Ausführungen zeigte er zunächst der Versammlung, wie notwendig in unserer heutigen Zeit der gewerkschaftliche Zusammenschluß und ganz beson-

ders wie notwendig die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei. Zum Schluß seiner Ausführungen kam er auch auf die ungeliebten Zwistigkeiten zwischen den „Berlinern“ und uns zu sprechen. Nach den Ausführungen des Kollegen Lenjing waren sämtliche Mitglieder davon überzeugt, daß nur die christlich-nationale Arbeiterbewegung die einzig wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen sein kann. Nachdem nun der Vorsitzende unserer Ortsgruppe die Mitglieder ermahnt hatte, auch in Zukunft auf interkonfessioneller Grundlage weiter zu arbeiten, und jeder Zerplitterung zwischen evangelischen und katholischen Arbeitern kräftig entgegenzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Malsmerspach. Der insolge des jüngsten Streiks in der hiesigen Kammgarnspinnerei zum Durchbruch gelangte Organisationsgedanke, macht seitdem unter der Arbeiterschaft ganz erfreuliche Fortschritte. Unter den Spinnern und Ansehern sind wohl keine 5 unorganisierte Arbeiter mehr zu finden. Auch von den übrigen Kategorien sind einzelne in der Organisation sehr stark vertreten. Folglich werden die Feindschaften vom Betriebsleiter bei den Verhandlungen während des Streiks zum Ausdruck gebrachten „Besürchtungen“, daß die für die Organisation zu zahlenden Gewerkschaftsbeiträge nur weggeworfenes Geld seien, von der Arbeiterschaft nicht geteilt. Die Organisierten entrichten sogar außer den ordentlichen Beiträgen noch wöchentliche Extrabeiträge. Sie mögen wohl eingesehen haben, daß der Solidarität in der Berufsorganisation auch finanziell ein starker Rückhalt gegeben werden muß, um das erstrebte Ziel wirklich erreichen zu können.

Vorletzte Woche wurde nun in den einzelnen Orten die ersten Mitgliederversammlungen vorgenommen. Dieselben waren durchweg überfüllt und zeugten von einer vorherrschenden Begeisterung für die christl. Gewerkschaftsfrage. Sozialdemokratischerseits suchte man sich ja kurz vorher durch Verteilung eines Flugblattes über den „freien Samstagmittag“ wieder empfehlend in Erinnerung zu bringen. Dies hat allerdings die Arbeiter „fast bis an Herz hinan“ gelassen.

Wie man übrigens sozialdemokratischerseits in der Praxis mit dem „freien Samstagmittag“ experimentiert, wurde in den erwähnten Versammlungen vom Gewerkschaftssekretär Wilger-Mühlhausen an Hand eines, vom sozialdemokratisch ein Textilarbeiterverband für Mühlhausen abgeschlossenen Tarifvertrages klar gekennzeichnet. Jedenfalls bietet dieser Vertrag, bei Licht betrachtet, am allerwenigsten Grund, über „Tariffolge“ zu raffen, wie dies die sozialdemokratischen Verbandsführer allüberall zu tun belieben. Hierüber vielleicht einmal an anderer Stelle mehr.

Die lebhafteste Stimmung, die jetzt hier unter der Arbeiterschaft durch das gewerkschaftliche Eintreten für ihre Arbeiterrechte zum Ausdruck kommt, ist nun gegenüber der Betriebsleitung, scheint, doch nicht so ganz eindrucklos geblieben. Eine Woche nach dem Stattfinden der eindrucksvollen Versammlungen, wo die berechtigten Wünsche der Arbeiter propagiert wurden, hat die Firma einer Arbeiterkommission die Eröffnung gemacht, daß sie jetzt eine allgemeine Lohnaufbesserung erfolgen lasse, die nach ihrer Aussage sich auf den Gesamtbetrag von 50-60000 Mark jährlich belaufen soll.

Verteilt wird diese Aufbesserung folgendermaßen: Zunächst erhalten sämtliche im Taglohn Beschäftigten in den einzelnen Abteilungen 15 Pfennig täglich mehr. Von der Akkordarbeitern erhalten die Arbeiterinnen in allen Abteilungen dem Gesamtlohn 4% zugeschlagen; Wollfortierer 3-5%. Die Anseherprozentage werden von 60 und 63 auf 62 und 65 erhöht. Die jugendlichen Aufseher erhalten den bisherig abgehaltenen Lohn für 3/4stündige gesetzliche Pause bezahlt; jene über 16 Jahre erhalten 5 Pfg. pro Tag mehr. Die Vorratsanseher erhalten statt wie bisher erst nach 12 Tagen künftig bereits nach drei Tagen die eigentlichen Anseherprozentage bezahlt. Spinner, die nach der fachtechnischen Bezeichnung mit Comteurs arbeiten, erhalten 5% Lohnzuschlag; für eine gefärbte Garnsorte ebenfalls 5%. An den Maschinen, wo zu 5 gearbeitet wird, werden weitere 3% gewährt.

Wenn auch diese Lohnaufbesserungen nicht gerade durchwegs eine genügende Befriedigung finden konnten, werden sie von der Arbeiterschaft natürlich doch gerne akzeptiert. Verbesserungsbefürchtung bleibt ja auch jetzt noch manches. Die von den Arbeitern so eindringlich gewünschte Einführung der 14tägigen Lohnperiode hat man z. B. unberücksichtigt gelassen und besteht daher vorläufig das veraltete System des wöchentlichen Lohntages weiter.

Vom Betriebsleiter wurde bei den Verhandlungen speziell betont, daß diese Lohnerhöhungen nicht etwa der Organisation wegen erfolgt seien. Darüber können sich allerdings die Arbeiter auch wieder ihre eigene Meinung bilden. Wenn wirklich die Firma aus Selbsterkenntnis eine Lohnerhöhung für notwendig hielt und diese aus freiwilligem Ermessen gewährte, so müßten die Arbeiter doch zum mindesten bedauern, daß diese Einsicht nicht bereits schon früher zum Ausdruck kam. Wie leicht hätte sich dies doch bei den reichlichen Gewinnüberschüssen der letzten Jahre machen lassen.

Im letzten und vorletzten Jahre hat die Firma nach vorliegenden Bilanzberichten zusammen 2084557 Mark Bruttogewinn zu verzeichnen. Jährlich also weit über 1 Million. Neben den Abschreibungen, Lantienem und dergleichen wurde in den zwei letzten Jahren auf das Aktienkapital von 4 Millionen Mark ein Reingewinn als Dividende von 16 und 12 Prozent verteilt. Durchschnittlich also 14 Prozent pro Jahr. Nun hätte man ja, da doch schon 10 Prozent eine recht annehmbare Dividendenhöhe darstellen, die übrigen 4 Prozent den Arbeitern auch freiwillig zuwenden können. Dann wäre eine jährliche Summe von 160000 Mark zur Verteilung unter die Arbeiter übrig geblieben. Das hätte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von rund 120 Mark pro Arbeiter und Jahr ermöglicht.

Dies ist aber leider nicht geschehen und ist es darum verständlich, wenn die Arbeiter jetzt auch annehmen, daß nur ihre erfolgte lebhafteste Organisationsfähigkeit zum Selbsterkenntnis der Firma für die jetzt erfolgte „freiwillige“ Gewährung einer Lohnerhöhung beigetragen hat.

In dieser zutreffenden Annahme hat sich die Arbeiterschaft auch gelobt, zäh und fest an ihrer Organisation festzuhalten und mit aller Energie für die weitere Entwicklung des christlichen Textilarbeiterverbandes einzutreten.

Mühlhausen, Thüringen. Das christliche Gewerkschaftstarell Mühlhausen i. Th. hielt Anfang dieses Monats eine gut besuchte Versammlung ab, in der Bezirksleiter Lenjing Hannover einen Vortrag über die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben hielt. Nachdem Redner die industrielle Entwicklung Deutschlands geschildert hatte, zeigte er die praktische Betätigung der christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben. Sodann kam Redner auf die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Staat, Gesellschaft und den politischen Parteien zu sprechen. Er bedauerte und verurteilte sehr scharf die Treiberer der „Berliner Fachabteilungen“. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften würde hierdurch absolut nicht verändert werden. Sie hielten unbedingt an ihrem interkonfessionellen Charakter fest. Nur die Generalversammlungen der Verbände

jeien befugt, Aenderungen im Charakter der christlichen Gewerkschaften vorzunehmen. Hierzu sei jedoch kein Anlaß vorhanden. (Beifall.) Die folgende Diskussion ergab eine völlige Uebereinstimmung aller Mitglieder mit dem Referenten, der selbst Katholik ist. Nachdem noch mehrere Renaufnahmen erfolgt waren, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute im Restaurant „Wolfschlucht“ versammelten Kollegen der christlichen Gewerkschaften, des Co. Arbeitervereins, des Co. Jünglingsvereins und des Vereins christlicher junger Männer verurteilen auf das entschiedenste die intolerante Haltung der Berliner Fachabteilungen, die geeignet ist, den konfessionellen Frieden in der christlich-nationalen Arbeiterchaft auf das schwerste zu gefährden und ein friedliches Zusammenarbeiten der evangelischen und katholischen Kollegen schwierig zu machen. Wir haben das Vertrauen zu den katholischen Kollegen, daß sie die Mächenschaften der Berliner Fachabteilungen verurteilen und nach wie vor treu zu den christlichen Gewerkschaften stehen werden.“

Schaag. „Einführung eines Sozialbeitrages.“ So lautete die Tagesordnung unserer Versammlung am 9. Juni. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, schloß er kurz die Notwendigkeit der Stärkung unserer Zentralkasse, und betonte, daß es leicht verständlich sei, daß viele Mitglieder noch nicht von der Notwendigkeit der Einführung eines Sozialbeitrages durchdrungen seien; dies komme aber daher, daß viele ihr Verbandsorgan nicht lesen, die Mitglieder-Versammlungen nicht besuchen, sich überhaupt um die Arbeiterbewegung wenig kümmern. Hierauf erhielt Sozialbeamter Stiel aus Lobberich das Wort. Derselbe verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Notwendigkeit der Stärkung der Zentralkasse. Viele, so führte Redner aus, beurteilen die Sache sehr oberflächlich und sagen, ja, die Beamten kosten zu viel. Redner wies aber durch Zahlen nach, daß ein großer Teil der Einnahmen den Mitgliedern direkt wieder zugute kommt, z. B. durch die Unterstüßungen für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Streiks und Ausperrungen usw. Diese Unterstüßungen haben im Jahre 1911 385913 Mark betragen, dazu kommt noch die Sterbe-, Wapregelungs-, Reise- und Umzugsunterstützung, sowie die Ausgaben für unser Verbandsorgan. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Hierauf stellte der Vorsitzende diesen Vortrag zur Diskussion und ermahnte, sich ruhig und sachlich über diese Ausführungen zu äußern, und nicht nachher außerhalb der Versammlung daran herum zu kritisieren. Es beteiligten sich dann einige Kollegen an der Diskussion. Nachdem erfolgte die Abstimmung über die Einführung des Sozialbeitrages, und wurde mit großer Majorität für die Einführung desselben gestimmt. Er soll im August in Kraft treten. Nun ergriff Sozialbeamter Stiel nochmals das Wort und ermahnte die Anwesenden, durch Aufklärung unter den Mitgliedern dahin zu wirken, daß auch diejenigen, die nicht anwesend waren, von der Notwendigkeit einer starken Zentralkasse überzeugt würden. Dann machte der Vorsitzende bekannt, daß der Schriftführer, Kollege Joh. Jäfers, aus dem Vorstande ausgetreten sei und daher eine Neuwahl erforderlich sei. Es wurde der Kollege Heinrich Janderjuth, welcher bisher dem Vorstande schon angehört, als Schriftführer und Kollege Martin Schmitz neu in den Vorstand gewählt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Einen sozial-wissenschaftlichen Ausbildungskursus für christlich-nationale Arbeiter veranstaltet wiederum die Freie Kirchlich-soziale Konferenz in Viefelseld. Der Kursus beginnt am 11. August und dauert bis zum 7. September. Ausführliche Programme versendet das Generalsekretariat der Freien Kirchlich-sozialen Konferenz, Berlin N. W. 87, Tite Wardenbergstr. 28, wohin auch Anmeldungen zu richten sind.

Arbeitsnachweisstellen in den Gemeinden Preußens. Wie die Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen nach dem Stande vom 1. Januar 1912 ergibt, werden Stellen

	angeboten	gesucht	vermittelt
im Jahre 1908	605 217	993 877	459 181
im Jahre 1909	684 657	1 103 777	539 267
im Jahre 1910	639 778	1 170 431	654 842
im Jahre 1911	1 047 186	1 295 721	814 374

mehr als 10000 Stellen haben im abgelaufenen Jahr vermittelt die 20 Arbeitsnachweisstellen in Berlin (176 977), Frankfurt a. M. (53 185), Köln (47 126), Düsseldorf (36 823), Magdeburg (29 937), Posen (26 595), Hannover (25 226), Eisen (24 746), Charlottenburg (24 308), Dortmund (24 139), Wiesbaden (18 463), Oberfeld (1 79), Breslau (17 231), Kiel (14 832), Berlin-Schöneberg (13 466), Kassel (11 969), Remscheid (11 814), Barmen (11 244), Aachen (10 864) und Erfurt (10 363), mehr als 5000 bis 10000 Stellen die 12 Arbeitsnachweise in Königsberg i. Pr. (8028), Viefelseld (7613), Hamm (7094), Duisburg (6251), Halle a. S. (6182), Flensburg (6110), Jolze (5808), Kottbus (5612), Stettin (5583), Görtzig (5570), Hagen (5428) und Brandenburg (5107). Während einige kleinere Nachweisstellen eingegangen sind, wurden 28 Arbeitsnachweisstellen neu begründet, u. a. in Stralsund, Myslowitz, Raumburg, Buer, Gelle, Kraeberg und höchst a. M. Facharbeitsnachweise für Gast- und Schankwirtschaftsangehörige bei den allgemeinen Arbeitsnachweisstellen sind neu errichtet worden in Kassel, Duisburg, Stettin und Trier. Einziges Mitglied der bereits früher begründeten Facharbeitsnachweise in Aachen, Viefelseld, Bochum, Bonn, Köln, Krefeld, Dortmund, Düsseldorf, Oberfeld, Eisen, Flensburg, Frankfurt a. M., Görtzig, Göttingen, Hagen i. R., Halle a. S., Hannover, Magdeburg, Osnabrück und Wiesbaden sind nunmehr 24 gemeinnützigen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen in Preußen solche Einrichtungen angegliedert. Von den am 1. Januar d. J. nachgewiesenen 280 Arbeitsnachweisstellen sind 162 kommunale Arbeitsnachweise, die übrigen 118 Nachweise wurden mit kommunaler Unterstützung betrieben.

Die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung in München und Umgebung. Ueber die am 11. Februar d. J. stattgefundene Arbeitslosenzählung für München und Umgebung liegt nun vom städtischen Statistischen Amt ein ausführlicher Bericht vor. Das Resultat der Zählung hat im Stadtgebiete München 7006, in den Nachbarorten Münchens 592, insgesamt also 7598 Arbeitslose erbracht. In der Stadt München wurden ermittelt 6014 männliche Arbeitslose = 2,1% der männlichen Bevölkerung, sind 5,7% aller männlichen Arbeitnehmer; ferner 965 weibliche Arbeitslose = 0,3% der weiblichen Bevölkerung = 1,5% aller weiblichen Arbeitnehmer, sind zusammen 7006 Arbeitslose überhaupt = 1,1% der Bevölkerung = 4,3 Prozent aller Arbeitnehmer.

Zur Kennzeichnung dieser Ziffern ist an erster Stelle hervorzuheben, daß weit über 2/3 (45,4 Proz.) der sämtlichen Arbeitslosen Münchens und seiner Umgebung und mehr als die Hälfte (51,7%) der männlichen Arbeitslosen auf das Baugewerbe entfielen. In den Nachbarorten Münchens allein gehörten sogar gegen 3/4 aller gezählten Arbeitslosen dem Baugewerbe an. Zu mehr als der Hälfte war also eine Arbeitslosigkeit in dem wichtigsten Saisongewerbe, mit dem im größeren oder geringeren Umfange als natürliche Eigentümlichkeit des Baugewerbes notwendigerweise im Winter gerechnet werden muß. Ferner fand die Erhebung zu keiner ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage statt, sie kennzeichnet also keine trübselige Arbeitslosigkeit, aber andererseits dennoch den Höchststand der allgemein jährlich wiederkehrenden winterlichen Arbeitslosigkeit, wie sie in der Regel um diese Jahreszeit vorhanden ist.

Unter den Arbeitslosen waren die jüngeren Erwerbstätigen verhältnismäßig stark vertreten; 60% aller Arbeitslosen waren ledig; für eine Familie zu sorgen hatte etwa nur ein Drittel. Nach dem Beruf der Arbeitslosen sind neben dem Baugewerbe besonders die landwirtschaftlichen und verwandten Berufe, die Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe usw., also ebenfalls Saisongewerbe, vertreten gewesen, gering war dagegen die Arbeitslosigkeit in anderen Gewerben, wie in der Textilindustrie, der chemischen Industrie, dem Handels- und Verkehrsgewerbe. Nicht beheimatet in München waren 2/3; 798 oder 11% der Arbeitslosen waren sogar erst arbeitslos nach München gezogen, 23% waren erst ein Jahr, 30% erst zwei Jahre oder kürzere Zeit in München anständig. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug durchschnittlich acht Wochen.

Als Ursache war in 2/3 aller Fälle die Kündigung des Arbeitsgebers wegen Arbeitsmangel angegeben worden, bei 14% der Fälle lag eigene Kündigung des Arbeitnehmers, bei 6% Krankheit oder Unfall als Ursache vor. In Anbetracht der Gunst der gegenwärtigen Wirtschaftslage war doch ein erhebliches Maß von Arbeitslosigkeit in München und Umgebung am 11. Februar d. J. vorhanden; doch als eine besonders große kann dieselbe nicht bezeichnet werden. Aus den einzelnen Ergebnissen der Zählung geht zugleich deutlich hervor, daß die ermittelten Arbeitslosen eine wenig einheitliche, sondern nach ihren Berufen und sonstigen Verhältnissen recht verschiedenartig zu beurteilende Masse darstellen. Nach diesem wird sich die im Interesse der wirtschaftlichen wie sittlichen Wohlfahrt unserer Arbeiterchaft erwünschte praktische Lösung der Arbeitslosenversicherung nach Möglichkeit richten müssen.

Soziale Wahlen. Reddinghausen: Am 15. Juni, fanden in Reddinghausen die Beisitzerwahlen zum städtischen Gewerbegericht statt. In die Wahlliste waren 505 Personen eingetragen, gegen 354 bei der Wahl 1910. Ihr Wahlrecht haben 312 Arbeitnehmer ausgeübt. Auf die christlich-nationale Liste entfielen 185 Stimmen (1911: 138). Auf die Liste der „freien“ Gewerkschaften entfielen 125 Stimmen (37). Der größere Stimmenzuwachs bei Letzteren kommt daher, weil sich dieses Jahr die „freien“ Buchdrucker an der Wahl beteiligten.

Versammlungskalender.

- Barmen.** 29. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1, außerordentliche Generalversammlung.
- Soholt.** 30. Juni, 10 Uhr, Lengenbergr. Abrechnung der Vertretensmänner.
- Burgwaldbiel.** 7. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Joh. Stehr, Generalversammlung.
- Derichlag.** 29. Juni, 7 Uhr, im Lokale Westfälischer Hof, Carl Jäger.
- Embsbetten.** 29. Juni, 11 1/2 Uhr, im Lokale Saumann, sehr wichtige Mitgliederversammlung.
- Eupen.** 7. Juli, 5 Uhr, im Lokale Berg-Schoenen, Neustr., Generalversammlung.
- Forst (Wassil).** 25. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Graßmann, Gerberstraße.
- M. Stadtbach-Benn.** 7. Juli, gleich nach dem Hochamte, im Lokale von Peter Voers, Benn.
- Greben (Wessl).** 29. Juni, 11 1/2 Uhr, im Lokale Wimminghoff, außerordentliche Generalversammlung.
- Greifath.** 29. Juni, 11 Uhr, bei Bülh-Kempges.
- Mährlein (Altein).** 4. Juli, 6 1/2 Uhr, im Lokale Böcker, Wallstr. 10.
- Neuenkirchen.** 30. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling.
- Odenkirchen.** 30. Juni, 10 Uhr, im Deutschen Hof, Generalversammlung.
- Oberghausen.** 6. Juli, 8 Uhr, bei Karl Dismann, Viehhof, Generalversammlung.
- Ostrop.** 30. Juni, vierteljährliche Abrechnung der Vertretensmänner.
- Rehdt.** 7. Juli, Ausflug nach Wegberg-Lützenbroich. Abfahrt 12 1/2 Uhr nachmittags ab Hauptbahnhof. Samstags 1 Uhr Hauptbahnhof-Borplatz.
- Wierden.** 30. Juni, 10 Uhr, bei Schümmert, an der Kirche, ordentliche Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Nikolaus Korres in Eupen.
 Anna Nowack in Forst.
 Heinrich Winkels in Vierson.
 Joseph Hellenbrucks in St. Tönis.
 Friedrich Mehlhorn in Greiz i. Vogtl.
 Jakob Deubler in Augsburg.
 Karl Kimmel in Lamprecht.
 Joseph Pirenz in Lobberich.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von E. Galm, Magistratsassistent in Wschaffenburg (Eisenstr. 3), Selbstverlag; 7. Auflage (31. bis 35. Tausend), Preis 20 Pf. Eine vom k. b. Staatsministerium des Innern empfohlene Broschüre, die nicht allein die seit 1. Januar geltenden Bestimmungen in klarer, volksverständlicher Weise darlegt, sondern auch tabellarische Uebersichten der Höhe der Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrenten enthält. Jede versicherungspflichtige und versicherungsberechtigte Person sollte im Besitze dieser vortrefflichen Aufklärungsschrift sein.

Infolge Vereinbarung mit dem Verfasser liefert dieser unseren Verbandsangehörigen portofrei 100 Stück zu je 10 Mark. Unsere Ortsgruppen ersuchen wir, Bestellungen direkt bei dem Verfasser zu machen.

„Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung.“ Broschüre von E. Braun. Inhalt: Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die Verbandsorganisationen. Die Stellung der politischen Parteien. Die augenblickliche Situation. Die Anschaffung dieser gebiegenen Schrift, die gut geschrieben und zur Zeit aktuelles Interesse beanspruchen kann, ist sehr zu empfehlen. Sie kostet für Mitglieder der Konsumvereine, die dem Westdeutschen Verbands angegeschlossen sind, nur 30 Pfennige, sonst 50 Pfennige. Bestellungen beim Generalsekretariat in Köln.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1911. Erster und zweiter Teil. Hamburg 1912. Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Es handelt sich um den Jahresbericht über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1911, erstattet zu Händen des neunten ordentlichen Genossenschaftstags des Zentralverbandes vom 17. bis 19. Juni in Berlin. Der Verband steht der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie sehr nahe. Das Buch kostet 3 Mark.

Steuerreklamationen. Um den Arbeitern, Angestellten und Hauseigentümern zur wirksamen Verteidigung gegen zu hohe Besteuerung geeignetes Material an die Hand geben zu können, hat der Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in M.-Glabach in der „Arbeiterbibliothek“ eine Broschüre über das preussische Einkommensteuergesetz herausgegeben. Dieselbe enthält eine übersichtliche Darstellung des hauptsächlichsten Inhalts des Gesetzes unter besonderer Betonung des für den Arbeiterstand wesentlichsten. Speziell ist das Wesen des Lohn Einkommens und der Nebenbezüge klargestellt und dargelegt, was alles von dem Roh Einkommen abgezogen werden kann — es sei nur hingewiesen auf die Abzüge bei auswärtiger Arbeit, für Kleiderverschleiß, bei Ueberstunden, Mitarbeit der Frau und dergleichen. Auch das Einkommen und der zulässige Abzug bei Hausbesitz usw. ist gebührend berücksichtigt. Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuerjachen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt. Die Anschaffung des Büchleins (Preis portofrei 35 Pf.) ist sehr zu empfehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der „Berliner“ Ansturm abgeschlagen. Sie haben zu früh gejubelt. — Nochmals der Zusammenbruch der Tarifbewegung in Neumünster. — Zur Neuordnung der Krankenkassen. — Feuilleton: Die Baumwollindustrie und die Baumwolle in der Volks- und Weltwirtschaft. — Allgemeine Rundschau: Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes. — Eine bedeutsame Erklärung. — Wir müssen Ruhe haben. — Die Proteste im Lande. — Ein organisierter Handwerksmeister zum Gewerkschaftsleiter. — Die Genossenschaft über den Gewerkschaftsleiter. — Mit einer dreifachen Verlogenheit. — Wer sind die Unheilstifter. — Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands. — Aus unserer Jurisprudenz: Einführung eines Fabrikgebäudes. — Die Geschäftslage in der mühlerrändischen Textilindustrie. — Zur Lage im M.-Glabacher Textilindustriebezirk. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Ortsgruppenverwaltungen! — Arbeitslosen-Berichterstattung. — Sammelgelder beir. — Berichtigung zum Wahlreglement. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten: Augsburg. — Waidach (Allgäu). — Wehr (Baden). — Berichte aus den Ortsgruppen: Schwabmühlbach. — Malmerspach. — Mülhausen (Südringen). — Schaap. **Volkswirtschaftliches und Soziales:** Einen sozial-wissenschaftlichen Ausbildungskursus. — Arbeitsnachweisstellen in den Gemeinden Preußens. — Die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung in München und Umgebung. — Soziale Wahlen. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.